

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 7. August 1925

Nummer 32

INHALTSVERZEICHNIS

Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften IV	G. D.
Der Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände	G.
Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen	G.
Scharfmachereien des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes	B.
Berlin-München-Brüssel-Amsterdam	Edi
Landstraßenwörter • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung Rundschau • Briefkasten.	
Technik und Wirtschaft:	
Wärmewirtschaft und Städteheizung	Arnold Batten
Am Rhein-Gerne-Kanal	
Fortschritte in der Holzgründfeuerung	
Rundschau.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Republik Europa

von
Otto Lehmann-Rußbildt
Preis 1.— Goldmark

Der Krieg im Jahre 1930

VON
Generalmajor von Schoenaich
Preis 0.50 Goldmark

Vom vorigen zum nächsten Krieg

VON
Paul Freiherr von Schoenaich
Preis brosch. 2.— Gm., in Halbleinen 3.— Gm.

FRITZ EBERT

Ein Lebensbild von
Paul Kampfmeyer

Preis 1.50 Mark

Zu beziehen durch die
ABTEILUNG BÜCHER UND SCHRIFTEN
BERLIN SO 33, SCHLESISCHE STR. 42

Wichtig für Betriebsräte!

Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten

von Rudolf Weck,
Berlin-Friedrichshagen

Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung des Entlassungsschutzes für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung

Preis 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.

Zu beziehen nur durch die
Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schlesische Str. 42

Leitsprüche für Haut- und Beinranke

Daß Dein Leid



sich endlich wende.

pack' er gleich an richtigem Schuh! Wegrenn, Weis, Hilfe, Rettung, steh' in eigener Vertretung! Hastst schaffst dir neue Schuh, denn ältere nicht, verlor' er liegt er nicht zu Hause völlig bei und wird dir Weg, um Hilfe zu.

Dir Ernst Strahlst G. m. B. M. Hamburg I. 0.149, Rosenblücherstr. 22/23
Fabrik Geistlicher Privatrecht und Verbandsstoffe.
Unser 40 Seiten starke Broschüre, enthält: Beobachtungen und Erfahrungen bei der Selbstbehandlung chronischer Haut- und Beinleiden, sowie Krätze, Gürtel, Herpes, Nesselt und von Exemplaren und deren Folgen.



ist das Zeichen, Konkreter Name des Reinigungsmittels für Alle und Alles, eine milde, wirkungsvolle Paste an Stelle von Seife, Blitzblank, Bismutstein, Sand, Kokosöl hilft der Frau bei allen häuslichen Reinigungsarbeiten. Aluminium und Hausgerät wird blank, die Hände sehen trotz schmutzigster Hausarbeiten durch Konkrete wieder sauber und gepflegt aus. Konkrete bereitet den Mann von Arbeitsschutz. Auch die starke Arbeitshand des Mannes soll schön und gepflegt sein, gleichgültig ob Arbeiter oder Sportsmann. Kein geheimnisvoller, unkontrollierbarer teurer Schönheitscreme. Ganz billig. Aengstliches Sparen unnötig. Versand erfolgt verpackungs- und postfrei bzw. frachtfrei gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages. Ladenpreise: Dose Größe I — 1 Pfl. 0.50 M., Größe II — 200 g 0.30 M., Versandpreise: Dose Größe II — 200 g 0.35 M., Größe I — 500 g 0.75 M. Postkoll enthält 20 Dosen Größe II 0.20 M., oder 6 Dosen Größe I 3.30 M., Bahnkiste 100 Dosen Größe II 30 M., oder 50 Dosen Größe I 29 M. Emaille-eimer, 7,5 kg Inhalt, 6.50 M. Wiedererkennen Rabatt. Beilegerung von Betrieben, welche d. Belegschaft Reinigungsmittel zu stellen haben. Heinenwerk O. m. B. H., Berlin b 9, Magdeburger Str. 6, Kurf. 6366.

Kennen Sie Kaiser's

Wäschepreise? Sofort verlangen! Oberhemd mit 2 Kragen nur 5,50 M. Linon-Bettgarnituren, 3 teilig nur 11,50 M. H. Bruno Kaiser, Oberlichtenau, Bez. Dresden.

Käse-

Fabrik Großhandel Import

Lieferant von ca. 2500 Sorten. Lieferant u. Kramhändler, Thil. Ad. Lahn v. ca. 9 Pfl. 64 Pfl. pr. Pfl. Würstchen, Bismut v. ca. 2 Pfl. 15 Pfl. pr. Pfl. Bismut, Lahn v. 15-25 Pfl. 94 Pfl. pr. Pfl. Bismut, wie Kap. v. ca. 4 1/2 Pfl. 102 Pfl. pr. Pfl. Fracht einm. Verpackung, nur nach Ware. An Nummern 14 Tage Zdl. Gage. 1918.

Hundebesitzer

erhalten die Broschüre **Hundkrankheiten** geg. Einsend. von 30 Pf. durch Karl Brucksh, Jüterbog II, Salbachstr. 2.

Rheinisches Apfelkraut

altbekannte Güte, auch im Sommer unbegrenzt haltbar, liefert zu Mk. 5,50 pro 10 Pfund. Postfreier frei gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung auf Postcheckkonto 3694 Köln. ERNST ADRIAN, OBERCASSEL, Stegkreis 19, Rhein. Apfelkraut- u. Geleefabrik.



Zagrad-Fahrräder
ausst. Fahrrad Ersatz und Zubehörsachen, Reparaturen, Öl, Fett und Schmiermittel, Handlungsgeschäfte aller Art, Fahrradzubehörsachen, Ersatzteile.
Burgsmüller-Waffen
alle Fechtwaffen, Revolver, Pistolen, Luftgewehre, Jagdwaffen, Drillinge und sämtliche Fechtwaffen, Fecht- und Schießsportzubehörsachen.
Nachhaltiger Katalog gratis und franko.
Deutsche Waffen- und Fechtwarenfabrik H. Burgsmüller & Söhne, Krefeld am Platz 118.

Junge Hühner

best. Lager, liefert Geflügel in Mergeltal beim C. 6. Preisliste frei.

MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus.
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Klingenthal i. Sachs., Nr. 36

URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierteljährlich nur 1.25, mit geb. Buch 1.80 M.

Probefhefte und Prospekte

Zu beziehen durch die
ABTEILUNG BÜCHER UND SCHRIFTEN,
VERBAND DER GEMEINDE- UND STAATSARBEITEN,
Berlin SO 33, Schlesische Strasse 42

TROTZKI 1917

DIE LEHREN DER REVOLUTION
Herausgegeben von Dr. PAUL LEVI
80, 80 Seiten. — Preis kartoniert 1,— Mark

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Marktplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Zugpreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften.

IV.

Vorschläge von Zwing, Stürz und Kamrowski.



Wir haben die Tarnowschen Gedankengänge etwas ausführlich mitgeteilt, weil hier der stärkste Widerstand für die schnellere Entwicklung zur Industrieorganisation zu finden ist. In dem „Gewerkschafts-Archiv“ von Karl Zwing hatte der Herausgeber in sehr ruhig objektiver Weise gleichfalls Stellung genommen. Wir hatten uns für verpflichtet, unseren Mitgliedern in kurzen Zügen auch diese Gedankengänge zu unterbreiten. Sie sind übrigens in einer besonderen Broschüre erschienen und für wenig Pfennige von unserem Schriftenverlag zu beziehen. Das Jahrbuch 1925 des „Gewerkschafts-Archiv“ enthält gleich drei Artikel über die Organisationsform. Zwing geht von wesentlich anderen Gesichtspunkten aus in seinen Untersuchungen. Neben dem geschichtlichen Ueberblick der bisherigen Entwicklung betont Zwing die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, sich in der neuen Staatsform zu reorganisieren und entsprechend einzustellen. Staatspolitisch ist die Allgemeinsage der Gewerkschaften in der neuen Staatsform eine grundsätzlich andere. Die Gewerkschaften sind als Interessenvertretung anerkannt. Dadurch sind Kräfte für umfassendere neue Funktionsbetätigung frei und eine Anzahl neuer gewerkschaftlicher Wirtschaftsprobleme und Aufgaben sind zu lösen. Das hat zur Voraussetzung, daß die innere Solidarität der Gewerkschaftsgruppen eine viel stärkere wird und daß der Gruppenegoismus (der Berufsgewerkschaften) wesentlich zurückgedrängt werden muß. Wir können diese Gedanken nicht in allen Einzelheiten hier darlegen mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse, sondern verweisen auf die Ausführungen im „Gewerkschafts-Archiv“. Aber soviel muß doch gesagt werden, daß Zwing nur zögernd an das Organisationsproblem herangeht und befürchtet, daß infolge der ungenügend entwickelten inneren Solidarität sowie infolge der Gruppengegensätze der Berufe die Entscheidung für eine stärkere Zusammenfassung noch nicht reif sei. Zwing meint, es sei heute auch noch der Fall, daß auch die Befürworter des Industrieverbandes sich von unsozialistischen Gruppen leiten lassen. Der Funktionswandel der Gewerkschaften müsse erst stärker anerkannt werden. Ein gutes Beispiel hierfür sei die neue Methode des Bauergewerksbundes mit dem System der Bauhütten, die Gruppeninteressen zurückdrängen und ganz neue Wege zu gehen. Zwing meint auch — und hierin können wir ihm durchaus nicht beistimmen — daß in den jetzigen Forderungen nach striktester Abgrenzung in Industrieverbänden zu viel Schema und zu wenig Differenzierung liege. Als Beispiel sagt er:

„So zweckmäßig und die Verhältnisse berücksichtigend bei der Eisenbahn-, Kommunal- und Staatsverwaltung das Organisationsprinzip nach dem gemeinsamen Arbeitgeber ist, so wenig ist dieses Prinzip wieder bei den großen Konzern- und Trustbildungen angebracht, wo der Arbeitgeber mit dem ständig wechselnden Aktenpaar identisch und vielfach überhaupt nicht erkennbar ist.“

Zwing fordert, daß zwar die gewerkschaftliche Organisationsform nicht auf ein Schema gebracht werde, daß aber damit kein Freibrief für geistige Trägheit um alter, leibgewordener ausgebreiteter Wege ange stellt wird. Harte geistige Arbeit müsse geleistet werden, um die Schicksalsfrage der Gewerkschaften durchzuführen, neue Geistigkeiten in neuer Ideenbildung zu entwickeln. Hierzu seien zweifellos die Industrieverbände die gegebenen Faktoren.

„Der „Berufsgebante“ ist überaltert, aus dem Berufsgebanten heraus sind keine unsozialistischen Interessengruppen aufhebende, neue Prinzipien entwickelnde überragende Ideen zu erwarten. Vom Beruf heraus sieht man nur einen kleinen Ausschnitt einer Industrie und einen noch kleineren aus der Gesamtwirtschaft.“

In einem weiteren Kapitel warnt Zwing vor der Ueberzentralfaktion, die Tarnow wolle, der dem ADGB wesentlich weitgehendere Vollmachten zuweise. Damit könnte ein gewisser gewerkschaftlicher Militarismus herangezögelt werden. Im jetzigen föderalistischen Prinzip sei eine ungeheure Mannigfaltigkeit möglich, die später er kämpft werden müsse. Eine Einheitsorganisation wäre heute noch nicht möglich. Wir brauchen eine gewerkschaftliche Intellektuellen schicht.

Zwing kommt zu dem Gesamtergebnis, daß keine gewerkschaftliche Mechanisierung, sondern eine organische Gliederung von Beruf, Industrie und Betrieb erforderlich sei.

Wenn wir diese an sich beachtenswerten und interessanten Gedankengänge für das praktische Organisationsproblem vermerken sollen, so muß zugegeben werden, daß damit wenig anzufangen ist. Da sind die Auffassungen der beiden Mitarbeiter der nachfolgenden Aufsätze von Stürz-Peipzig sowie von unserem Kollegen Kamrowski wesentlich klarer. Stürz tritt schlechtweg für die Industrieorganisation ein mit den bekannten Gründen. Die Zukunftskämpfe werden sich auf breiter Basis abspielen und werden schwerer sein als die bisherigen. Dazu reicht die Berufsorganisation nicht aus. Das Betriebsrätegesetz in seinen Auswirkungen auf den Betrieb bedingt ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl nicht so sehr nach dem Beruf, als nach den Industrien. Die Betriebsorganisation sei aber noch nicht allgemein durchzuführen, sondern vorerst müsse die Industrieorganisation aller Gewerkschaften vollendet sein; denn der Wechsel des Betriebes bringt einen zu häufigen Wechsel in der Organisationsfrage des einzelnen mit sich. Wir brauchen baldige Klärung, und da der Berufs- und Gruppenegoismus nur Teilsozialität bedeutet, so könne dieser Weg nicht zur Emanzipation und Freiheit führen. Die Arbeiterschaft werde größere Ziele entwickeln können, wenn die Organisation einheitlicher im Industrieverbande zusammengeschweißt ist.

An diese Gedankengänge knüpft nun Kamrowski an und schildert den Weg der Industrieorganisation auf Basis des Betriebes zur Einheitsorganisation, wie sie in unserem Verbandsorganisationsentwurf hat. Dabei ist auch dieser Artikel mehr theoretischer Natur und als solcher ohne Zweifel konsequent und klar. Die ganzen Gründe für die Betriebsorganisation werden einheitlich zusammengefaßt. Andererseits ist er für die vorliegende Streitfrage fast ebenso wenig verwendbar wie die Gedankengänge von Karl Zwing; denn die Frage, ob wir eine Einheitsorganisation aller Verbände gegenwärtig anstreben sollen, ist — vielleicht kann man „leider“ sagen — gegenwärtig nicht aktuell. Man kann in der Entwicklung keine großen Sprünge machen, und wenn wir gegenwärtig noch 39 Organisationen haben, so steht vor uns nicht nur in Breslau auf dem Gewerkschaftskongreß, sondern nach menschlichem Ermessen auch noch auf weitere Monate und Jahre hinaus als nächste Aufgabe die gesamten Gewerkschaften nach Industrieorganisationen zu gliedern. Natürlich unter völliger Anerkennung der heute schon bestehenden Einheits-Betriebsorganisationen. Ist dieser Weg erreicht, so wird die Entwicklung natürlich nicht still stehen. Es kommt dann auf die gesamte Entwicklung des Wirtschafts-

prozesses an, ob der Gedanke einer einzigen Einheitsorganisation mit vielberuflichen Gliederungen einmal festen Fuß fassen kann. Gegenwärtig sind aber die Vorbereitungen hierzu nicht gegeben und es würde dem Gegenwartsproblem, Zusammenfassung der Kräfte und der zweckmäßigsten Organisationsform der deutschen Gewerkschaften nur Hemmungen bereiten, wenn wir uns mit allzu weitgehenden Problemen beschäftigten, anstatt die nächstliegenden zunächst zur Lösung zu bringen. Darum erblicken wir im gegenwärtigen Moment in diesen Betrachtungen der Einheitsorganisation aller Arbeiter nur eine theoretische, prinzipielle, grundsätzliche Stellung, die für die schwebenden Organisationsfragen weniger ins Gewicht fällt.

Der Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände

sendet uns folgendes Schreiben:

Der Artikel „Die Synodus“ des Reichsarbeitgeberverbandes auf dem Reichstagsgebäude in Nr. 29 der „Gewerkschaft“ vom 17. Juli 1925 enthält verschiedene tatsächliche Unrichtigkeiten. Wir ersuchen daher um gest. Aufnahme nachstehender Berichtigung:

1. Es ist nicht richtig, daß bei den Verhandlungen über den RRTL 1925 in Hamburg eine Nebenabrede zu § 7 und § 13 des Vertrages getroffen worden ist.

2. Es ist nicht richtig, daß die Richtigkeit der Rechtsauffassung der Berliner Bezirkschiedsstelle hinsichtlich der Auslegung des § 7 und § 13 RRTL 1925 auch von einigen Arbeitgebervertretern in der Tarifkommission des Reichsarbeitgeberverbandes und von dem größten Teil der Vertreter der Bezirksarbeitsgeberverbände anerkannt worden ist.

3. Es ist nicht richtig, daß Herr Dr. Sternberg-Raasch behauptet hätte, der Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom 2. Juni d. J. sei nicht abgelehnt worden.

4. Es ist nicht richtig, daß „Verhandlungen“ zwischen Vertretern des Reichsarbeitgeberverbandes und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 3. Juli d. J. stattgefunden haben. Richtig ist lediglich, daß eine unterbindliche Aussprache über die durch die Entscheidungen des Zentralausschusses über die Auslegung der §§ 7 und 13 RRTL 1925 entstandene Situation stattgefunden hat.

5. Es ist nicht richtig, daß die in Rede stehenden Beschlüsse des Reichsarbeitsgeberverbandes mit knapper Majorität gefaßt worden sind.

Dr. Vorhaub.

Rißloff, Oberbürgermeister. Dr. Sternberg-Raasch.

Dazu zuerst eine Feststellung:

Der Herr Vorsitzende des Reichsarbeitgeberverbandes, Oberbürgermeister Rißloff, kann zu den entscheidenden Absätzen Nr. 1, 2 und 3 aus eigener Kenntnis keine Berichtigung abgeben. Er hat in den Punkten gutgläubig die ihm von dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Sternberg, gegebene Darstellung als wahr unterstellt.

Zu 1: Es entspricht doch den Tatsachen, daß in Hamburg von den Arbeitgebern der Vorschlag gemacht wurde, daß die höheren Zuschläge dort vereinbart werden können, wo

1. am 1. Juli 1914 ein höherer Zuschlag als 25 bzw. 30 Proz. gezahlt wurde, und

2. wo am 1. Januar 1925 in irgendeiner Form ein höherer Zuschlag bestanden hatte.

Den Vorschlag zu 2 lehnten die Arbeitnehmer ab, weil damit die nach Arbeitgeberauffassung tarifwidrig gewährten Zuschläge sanktioniert werden müßten. Nach eingehender Aussprache erklärte der Vertreter der Arbeitgeber, daß auch sie eine solche Sanktionierung nicht herbeiführen wollten und zog den Antrag zu 2 zurück. Diese von beiden Parteien abgegebene, nachträglich nicht widerrufene Willenserklärung wird von den Arbeitnehmern als die Nebenabrede zu den §§ 7 und 13 angesehen. Die Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes hat selbst noch bis zum 29. Mai 1925 mündlich und schriftlich denselben Standpunkt eingenommen. Diese hatte bis zu dem Tage Anweisung an die in Frage kommenden Bezirksarbeitsgeberverbände ergehen lassen, daß die während der Gültigkeitsdauer des RRTL 24 bestehenden tarifwidrigen Zuschläge nicht die Unterlage für eine Vereinbarung höherer Zuschläge abgeben dürfen.

Zu 2: Stellen wir fest, daß der Herr Geschäftsführer des Reichsarbeitgeberverbandes doch nicht wußte, welche von den in Frage kommenden Herren unsere Rechtsauffassung, die in dem Spruch der Berliner Bezirkschiedsstelle anerkannt wird, teilen. Trotzdem glaubt er, das Recht beanspruchen zu können, für andere ihm unbekannt gebliebene Personen, ohne von diesen beauftragt oder bevollmächtigt zu sein, uns eine Berichtigung einzusenden. Wir hatten uns angeboten, im Zentralausschuß den Beweis für unsere Behauptungen anzutreten. Die Arbeitgebervertreter, einschließlich des Herrn Dr. Sternberg-Raasch, haben es mit Hilfe des unparteiischen Vorsitzenden abgelehnt, die Beweishebung vorzunehmen. — Im übrigen stellen wir weiter fest, daß der Herr Oberbürgermeister Rißloff in der Verhandlung am 3. Juli selbst dem Sinne nach erklärt hatte, daß auch er vor der am 29. Mai im Zentralausschuß gefällten Entscheidung unsere Rechtsauffassung als zutreffend anerkannt haben würde.

Zu 3 und 4: Wir stellen fest, daß der Syndikus des Reichsarbeitgeberverbandes den Widerspruch in seinen Erklärungen dadurch zu lösen versucht, daß er erklärt,

„Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitnehmersverbände finden nicht statt.“

Wir verweisen auf das von uns in der „Gewerkschaft“ Nr. 29, Spalte 539 veröffentlichte, vom Herrn Oberbürgermeister Rißloff selbst unterschriebene Protokoll. Es heißt dort:

„Verhandelt am 3. Juli in den Räumen der Geschäftsstelle des Deutschen Städtebundes.“

Nach Auffassung der Arbeitgebervertreter gibt es wohl zwei Arten von Verhandlungen, und zwar entweder mit positivem oder mit negativem Ausgang. Die letztere (wie im vorliegenden Fall) nennt man unverbindliche Aussprache. Uns scheint das mehr wie formaljuristische Verlegenheitswortklauberei zu sein.

Zu 5: Wir wollen annehmen, daß man statt „knappster Majorität“ auch „knappe“ oder „schwache Majorität“ schreiben kann. Falls wir der festzustellenden Wahrheit damit noch näher kommen, sind wir bereit, eine dieser Formeln anzuwenden.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Einführung einer Versorgungskasse für Angestellte und Arbeiter bei den Reichsverwaltungen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten „Bayrischer Kurier“ und „Münchener Fremdenblatt“ vor einiger Zeit eine Notiz, in der die Meinung erweckt wird, als ob in der Vorbereitungszeit nur die auf christlicher Grundlage organisierten Arbeiter von Reich und Staat die Errichtung von Versorgungskassen gefordert hätten. Die Herrschaften bringen es sogar fertig, zu sagen:

„Auch nach dem Kriege wurde diese Frage sofort wieder aufgegriffen, die aber durch die Inflation wieder verfiel. Nachdem nun wieder stabile Verhältnisse in der Finanz- und Währungsfrage eingetreten sind, scheint die Reichsregierung die Versorgungsfrage ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen selbst aufzugreifen, wie aus einer Bekanntmachung des „Reichsbesoldungsblattes“ zu ersehen ist.“

Dazu ist zu sagen, daß es unsere Organisation war, die seit ihrem Bestehen unablässig darauf hingearbeitet hat, für die in Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter Ruhe- und Versorgungskassen zu schaffen. Eine im Jahre 1921 abgehaltene Reichs- und Staatsarbeitertagung hat bereits zu einem von uns ausgearbeiteten Entwurf Stellung genommen, diesen gutgeheißen und an das damalige Reichskabinett eingereicht. Von christlicher Initiative war dabei absolut nichts zu spüren. Wenn also die Christlichen jetzt so tun, als ob es auf ihre Energie zurückzuführen wäre, daß der Plan auf Einführung einer Versorgungskasse sich seinem Ziele nähert, so ist das nicht richtig, auch schon deshalb nicht, weil die Christen von jeder unter den in Frage kommenden Reichsarbeitern nur in geringem Prozentsatz vorhanden sind. Aber auch die im „Münchener Kurier“ enthaltene Notiz erweckt den Anschein, als ob die Reichsregierung von sich aus plötzlich soziales Empfinden entdeckt hätte und deswegen einen Ruhe- und Versorgungskassenentwurf vorgelegt hat, entspricht nicht den Tatsachen. Wahr ist vielmehr, daß eben die von uns fortgesetzten Bemühungen sogar dazu geführt haben, daß man sich ernstlich an nachgebender Stelle mit dieser Frage beschäftigt hat. Unsere Organisation hat erst vor wenigen Wochen erneut einen Entwurf, der gegenüber dem 1921 vorgelegten einige Änderungen enthält, an die zuständigen Reichsministerien eingereicht und um Ansetzung eines Verhandlungstermines nachgesucht. Unterdessen hat aller- : das Reichspostministerium auch auf Drängen der dort beschäftigten Arbeiter einen Entwurf ausgearbeitet, diesen vor einigen Wochen den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen zugeleitet und gleichzeitig deren Vertreter zu einer Sitzung am 8. Juli eingeladen. Der Entwurf, der zunächst als vertraulich bezeichnet wurde, ist nunmehr in mehrfältigen Verhandlungen beraten worden. Er wird aller Voraussicht nach in allernächster Zeit verabschiedet werden, so daß, wenn nicht noch neue Schwierigkeiten aufstehen, ab 1. Januar 1926 die Ruhe- und Versorgungskasse in Kraft treten wird. Das Erfreuliche an diesem Entwurf ist zunächst das eine, daß sich die gesamten Reichsressorts an der Sache beteiligen, so daß also die Versorgungskasse, die in erster Linie für die Arbeiter und Angestellten bei der Postverwaltung gedacht war, auf alle in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter ausgedehnt wird. Jedenfalls hat das Kabinett dazu grundsätzlich seine Zustimmung gegeben.

„Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen“.

Unter dieser Epithete brachte der „Deutsche Maschinist und Heizer“, das Organ des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer in Nr. 13 vom 26. Juni 1925 eine längere Notiz, in der versucht wird, die Filiale Groß-Berlin dieses Zentralverbandes gegen unseren Vorwurf, daß das Verhalten ihres Vertreters bei den Tarifverhandlungen mit der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. einer direkten Unterstützung des Arbeitgebers gleich kam, in Schutz zu nehmen. Da die Behauptungen in dieser Notiz vielfach entstellend sind und zum Teil sogar den Tatsachen widersprechen, sehen wir uns veranlaßt, nochmals dazu Stellung zu nehmen und die Unterlagen für unsere Vorwürfe beizubringen.

Für die Arbeiter der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. bestand bis zum 31. März 1924 ein Haustarif, der sich eng an den Tarif für die städtischen Wasserwerke anlehnte. Die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke A.-G. trat dann Ende 1923 dem Arbeitgeberverband der privaten Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg als Mitglied bei, kündigte den Haustarif und stellte gleichzeitig das Verlangen, daß vom 1. April 1924 ab der für die Arbeiterchaft bedeutend schlechtere Tarifvertrag dieses Arbeitgeberverbandes in Geltung kommen sollte. Zu der oben erwähnten Notiz heißt es nun, daß der Vertreter des Maschinistenverbandes diese Forderung des Arbeitgebers der Belegschaft pflichtgemäß mitteilte und gleichzeitig den Standpunkt vertreten habe, daß gegen eine derartige Entwidlung nicht anzutämpfen sei und daß man dem Arbeitgeber keine Vorschrift machen könne, ob und welcher Organisation er sich anschließen solle. So und ähnlich wurde tatsächlich von dem Vertreter des Maschinisten- und Heizerverbandes in den Verhandlungen die Forderung des Arbeitgebers unterstellt, so daß dieser sich bei den Auseinandersetzungen über diese Frage mit uns darauf berufen konnte. Der Maschinisten- und Heizerverband weiß ganz genau, daß auch wir niemals daran gedacht haben, dem Arbeitgeber Vorschriften zu machen, wo er sich zu organisieren hat. Wir mußten aber im Interesse der Kollegenschaft alle Mittel anwenden, um zu verhindern, daß durch diesen Beitritt zu einem privaten Arbeitgeberverband ein für die Arbeiterchaft schlechterer Tarifvertrag zwangsläufig Geltung bekommen sollte, trotzdem die Arbeitnehmerorganisation, bei der 90 Proz. der gesamten Belegschaft organisiert ist, keinen Einfluß auf das Zustandekommen und den Abschluß dieses Tarifvertrages gehabt hat. Sonst könnte ja mit dem gleichen Recht der Arbeitgeber dem BMM (Verband Berliner Metall-Industrieller) beitreten und verlangen, daß dieser noch schlechtere Tarifvertrag für seine Arbeiter Geltung erhält. Der gleiche unmögliche Standpunkt würde sich ergeben, wenn zum Beispiel die Arbeiter eines privaten Metallunternehmens, in dem Gasmesser repariert und neu angefertigt werden, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beitreten und nun aus dieser Tatsache die Forderung erheben würden, daß dadurch gleichzeitig der städtische Tarif für sie maßgebend sein müßte. Mit dieser Begründung haben wir allerdings gefordert, daß, wenn der Arbeitgeber nicht den Tarif der städtischen

Wasserwerke anerkennen will, auch weiterhin ein Haustarif abgeschlossen werden muß, der sich an diesen Tarifvertrag aufs engste anlehnt, und weil nur diese Forderung dem Interesse der in Frage kommenden Kollegenschaft entsprach, hat sie sich einstimmig dahintergestellt.

In der Notiz heißt es dann wörtlich weiter: „Auch der Vorwurf, daß durch einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung die Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke schädigen wollten, ist nicht berechtigt. Der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung wurde deshalb von unserer Organisation gestellt, um die in der Provinz befindlichen kleineren Elektrizitätswerte unter ein geordnetes Tarifverhältnis zu bringen.“ Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Am 30. Mai 1924 ging uns von der Reichsarbeitsverwaltung ein Schreiben folgenden Inhalts zu:

„Die nachgenannten Arbeitnehmerparteien haben beantragt, die nachstehende tarifliche Vereinbarung gemäß § 2 vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 87) für allgemeinverbindlich zu erklären:

1. Vertragsparteien a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg; b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgruppen Deutschlands, Geschäftsstelle Groß-Berlin, Berlin S.O. 14, Engelauer 25, Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.
2. Abgeschlossen am 15., 16. April 1924 (Montattarifvertrag) an Stelle des allgemeinverbindlichen Tarifvertrages vom 20. Dezember 1921.
3. Beruflicher Geltungsbereich: Gewerbliche Arbeiter in Elektrizitäts- und Wasserwerken, sowie in den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Gas- und Wasserwerken.
4. Räumlicher Geltungsbereich: Provinz Brandenburg (einschließlich der Stadtgemeinde Berlin).“

Dieser Antrag richtet sich also nicht nur, wie behauptet wird, gegen die kleineren Elektrizitätswerte der Provinz Brandenburg, unsere Organisation, sowie der Betriebsrat der Charlottenburger Wasserwerke haben gegen den Antrag selbstverständlich Einspruch eingelegt und damit erreicht, daß uns ein Schreiben zugeht, wonach die beantragte Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit Wirkung vom 1. Juni 1924 ausgesprochen wurde, allerdings nur für die gewerblichen Arbeiter in Elektrizitätswerken mit Ausnahme der kommunalen Betriebe. Damit fielen tatsächlich alle Elektrizitätswerte, und somit alle dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Werte unter diese Verbindlichkeitserklärung mit Ausnahme der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. Nun aber traf eigenartigerweise nochmals ein Schreiben der Reichsarbeitsverwaltung bei uns ein mit folgendem Inhalt:

„Der Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg, Berlin S. 62, und der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgruppen Deutschlands, Geschäftsstelle Groß-Berlin, haben beantragt, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages vom 15., 16. April 1924 für gewerbliche Arbeiter in Elektrizitätswerken mit Ausnahme der kommunalen Betriebe der Berliner städtischen Elektrizitätswerte A.-G. und der Betriebe, die irdischen Gasleitungen unterliegen, in der Provinz Brandenburg (einschließlich der Stadtgemein-

Berlin - München - Brüssel - Amsterdam.

Wie weit die internationalen Auswirkungen der Lohnkämpfe unserer Kollegen sich bemerkbar machen, ist überaus charakteristisch und interessant. Während unsere Berliner Kollegen im Kampfe um besseren Lohn standen, der später zu einem „Verständigungsfrieden“ führte, waren in München, Brüssel und Amsterdam die bürgerlichen Zeitungen aufgeregt darüber, daß ein größerer Arbeitskampf bevorstehe und man bereit bereits über das Berlin im Dunkeln, ob wir siegen würden, usw. Hierbei ist allerdings nicht zu vergessen, daß die bürgerliche Presse aus unseren Berliner Lohnkämpfen in der Hauptsache eine Kriesensensation machte.

Im Münchener Gebiet gibt es zurzeit zwei Dinge, die fast alles andere in den Hintergrund drängen: das Deutsche Museum und die Verkehrsausstellung. Ueber ersteres ist bereits in Nr. 27 und 28 der „Gewerkschaft“ berichtet worden. So ziemt sich für den gemäßigtesten Chronisten nur nachzubedenken, daß der Besuch des Deutschen Museums im Durchschnitt täglich 6000, an manchen Tagen aber 12000 Personen beträgt. Das kann man als einen ungeheuren Erfolg des Anschauungsunterrichts in Technik- und Wissenschaft bezeichnen. Freilich, ob der Procentsatz der Münchener dabei hervorragend beteiligt ist, war schwer festzustellen. Aber immerhin, wer einige Jahre nicht in München war, hat den Eindruck, als wenn selbst das Startbier im Gebrauch nicht mehr die volle Anziehungskraft hat, obwohl nach Münchener Sachkennern (z. B. unser Kollege Erhart) das Startbier viel von der gewerkschaftlichen

Organisationsarbeit vernichtet hat! Ist doch München heute erst im Mitgliederstand der Gesamtgewerkschaften auf die Stufe von 1913 angelangt. Unsere eigenen Kollegen, die Gemeinde- und Staatsarbeiter Münchens, machen freilich eine rühmliche Ausnahme; denn sie haben ihre Zahlen weit mehr als verdoppelt, von 2500 der Vorkriegszeit auf 5900, und das trotz gewaltigen Abbaues und anderer erheblichen Erschwernisse. Allerhand Hochachtung!

Die Verkehrsausstellung tritt, weil sie speziellen Charakter trägt, gegenüber dem Deutschen Museum etwas zurück. Und doch ist hier eine solche Fülle von wissenschaftlichen Dingen dargestellt, daß es äbel angebracht wäre, sie mit irgendeiner der üblichen Jahresausstellungen zu vergleichen. Für Fachmänner sowie einen großen Teil unserer Kollegen ist die Verkehrsausstellung sogar eine Fundgrube praktisch-technischer Neuerungen, die für Gemeindebetriebe weittragende Ummwälzungen mit sich bringen können.

Doch es sollen noch einige Allgemeinbetrachtungen über den Eindruck des Deutschen Museums gegeben werden. Was wissen wir heute von Technik und Wissenschaft als einzelne? Selbst der geachtteste und begabteste Gelehrte steht wohl erstarrt vor so viel angewandter Wissenschaft. Es ist schier unmöglich, das Ganze zu erfassen. Dieser erstmalige Versuch, Wissenschaft und Technik nicht nur für die Spezialmenschen zu erschließen, sondern auch dem sogenannten Laien die Möglichkeit zu geben, zu prüfen durch Experimente und durch angewandte Praxis, ist wunderbar gelungen. Der Begründer und Sachwissenschaftler von Müller hat mit seiner gründlichen und anschaulichen Arbeit Großes geleistet, das seinesgleichen auf der ganzen

Berlin) auf die Wasserwerke mit Ausnahme der Kommunal- und solchen Betriebe, die örtlichen Sachverhältnissen unterliegen, in der Provinz Brandenburg (einschließlich der Stadtgemeinde Berlin) auszudehnen."

Hier ist also unzweifelhaft festgestellt, daß der Zentralverband der Maschinisten und Heizer gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband den für die Arbeiterschaft schlechteren Tarifvertrag verbindlich erklärt haben wollte, denn andere als die Charlottenburger Wasserwerke kamen nach Form und Inhalt des Antrages überhaupt nicht in Frage. Bezeichnend ist auch, daß bei diesem Antrag die Unterschrift des anderen Kontrahenten, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, fehlt.

In der Notiz ist dann noch weiter gesagt, daß sowohl die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke, als auch der Arbeitgeberverband bereit wären, die besonderen Verhältnisse der Wasserwerksbetriebe durch Sonderbestimmungen zu berücksichtigen. Dies trifft insofern zu, als diese Bereitwilligkeit erst ausgesprochen wurde, nachdem schon inoffiziell bekannt war, daß die Absichten mit der Verbindlichkeitserklärung nicht den erhofften Erfolg bringen würden. Auch dann wollte man natürlich die besonderen Verhältnisse der Wasserwerke nur in ganz geringfügigem Umfange anerkennen und berücksichtigen. Die Frage der Arbeitszeit, auf die wir als Organisation und auch die Arbeiterschaft ganz besonderes Gewicht legen, die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, und der Urlaub sollten nicht besonders geregelt werden. Nach langen Verhandlungen, die des öfteren zu Scheitern schienen, war es dann möglich, die Direktion in diesen Punkten auch zu Zugeständnissen zu veranlassen. Aber ehe die Verhandlungen endgültig abgeschlossen waren, bekamen wir plötzlich Kenntnis, daß der Maschinisten- und Heizerverband, der über den Gang und den Erfolg der Verhandlungen nur von Arbeitgeberseite informiert sein konnte, ein Sonderabkommen abgeschlossen hatte. Ganz abgesehen, daß in diesem Sonderabkommen gerade die wichtige Frage der Arbeitszeit der Regelung durch den Schlichtungsausschuß vorbehalten blieb, lautete der letzte Satz folgendermaßen: „Diese Sonderbestimmungen gelten bis zum 25. März 1925 und werden von diesem Zeitpunkt ab durch die entsprechenden Tarifbestimmungen ersetzt.“ Diese entsprechenden Tarifbestimmungen, also der Manteltarif des Arbeitgeberverbandes lief aber bis zum 1. April 1925. Arbeitgeberverband und Zentralverband der Maschinisten und Heizer hatten sich also dahin geeinigt, daß die Sonderbestimmungen zu einem früheren Termin ablaufen und dann der Tarifvertrag ohne jeglichen Zusatz Geltung hat. Wir konnten natürlich zu einem solch durchsichtigen Manöver unsere Zustimmung nicht geben. Weil wir diesen Kampf tatsächlich gegen Arbeitgeber und den Maschinisten und Heizerverband führen mußten, ist es uns nicht möglich gewesen, den Haustarif ohne Einschränkung durchzusetzen. Die Kollegen haben also seit dem 5. Juni 1925 tatsächlich nur Sonderbestimmungen über den Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes hinaus, die allerdings, und erfreulicherweise wieder den Anschluß an den städtischen Tarif bedeuten. So ist die achtstündige Arbeitszeit tariflich festgelegt, während bei den übrigen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes neun Stunden gearbeitet wird. Ferner sind die Bezahlung der Wochenfeiertage und andere Vergünstigungen erhalten geblieben.

Erde sucht. Als junger Mensch habe ich im Britischen Museum in London wochenlang täglich Besichtigungen und Studien vorgenommen und immer kam mir damals zum Bewußtsein, was es bedeutet, eine solche Schatzkammer des Wissens an einem leicht zugänglichen Ort zu finden. Heute aber sind solche technischen und wissenschaftlichen Zusammenfassungen nötiger denn je. Wer von den Fachwissenschaftlern vermag noch wesentlich über seine engeren Gebiete hinaus sich ein klares Bild zu machen von den Vorgängen anderer Wissensgebiete? Insbesondere ist die Naturwissenschaft und damit die Grundlage aller technischen Neuerungen, auch innerhalb der Arbeiterschaft nicht mehr so eifrig beachtet, als das vor dem Kriege der Fall war. So konnten sich allerhand Dunkelmänner wieder hervormagen und unklare Ideen loslassen, während früher wenigstens in Deutschland dafür keine Stätte bestand, dant der Aera Haedel, Ostwald, Dodel usw.

Hier im Deutschen Museum ist die Möglichkeit geschaffen, jedes Teilgebiet der Naturwissenschaft und Technik in seinem historischen Entwicklungsgang zu begreifen. Man wendet die vorhandenen Apparate und Maschinen praktisch an, und es entsteht sinngemäß ein verkürzter Lehrgang aller Einzelvorgänge in den technischen und wissenschaftlichen Gebieten, darunter auch Bergbau und Elektrizität. Doch wir müssen einen großen Sprung machen aus der Theorie der Technik zur Praxis beim Wasserkraftwerk B a l c h e n s e e. Hier ist die natürliche Differenz von 200 Meter zwischen dem Walchen- und Kofsee durch ein Wasserfloß verbunden, das stündlich viele Tausende Kubikmeter Wasser in sechs 2½-Meter-Röhren auf die

In der Notiz des Maschinisten- und Heizerverbandes heißt es nun, daß Abänderungen des Tarifvertrages des Arbeitgeberverbandes rückläufige Folgen für die Charlottenburger Wasserwerke haben müssen. Wir haben aber trotz aller Erfahrung die Hoffnung, daß der Maschinisten- und Heizerverband während der Laufzeit des Vertrages Verschlechterungen für die Arbeitnehmerschaft nicht akzeptiert. Wenn das der Fall sein sollte beim Ablauf des Vertrages, werden wir, weil unsere Sonderbestimmungen gleichzeitig ablaufen, im Verein mit der Arbeitnehmerschaft Verschlechterungen für die Charlottenburger Wasserwerke zu verhindern suchen; denn dem Arbeitgeber ist unzweifelhaft erklärt worden, daß diese Sonderbestimmungen bestehen bleiben müssen, solange der Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes schlechter ist, als der der städtischen Wasserwerke.

Wir haben diese unglaublichen Vorkommnisse einem Mitgliede des A D G B. geschildert, das höchst aufgebracht darüber uns vorschlug, beim A D G B. die Einsetzung einer Schiedskommission zu beantragen, die die Behauptungen untersucht und dafür sorgt, daß in Zukunft solche Fälle unmöglich werden. In der öffentlichen Versammlung befragt, hat der Vertreter des Maschinistenverbandes sich bereit erklärt, vor dieser Kommission zu erscheinen.

Jetzt finden wir in der Notiz, daß sogar der A D G B. schon eine Entscheidung gefällt haben soll. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir beim A D G B. des öfteren darauf gedrängt haben, daß die Kommission zusammenberufen wird, worauf uns immer wieder erklärt wurde, daß der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sich mit anderweitiger Beschäftigung im letzten Moment entschuldigt hat. Am 4. Dezember 1924 erhielten wir dann vom A D G B. eine schriftliche Mitteilung, in der u. a. wörtlich folgendes gesagt wird: „Unsere wiederholten telephonischen und schriftlichen Bemühungen beim Zentralverband der Maschinisten und Heizer, um einen neuen Verhandlungstermin anzuberaumen, sind bisher daran gescheitert, daß der Vorstand dieses Verbandes uns mitgeteilt hat, er könne durch verschiedene Konferenzen außerhalb Berlins in absehbarer Zeit keinen Termin in Aussicht stellen. Erst nachdem der Maschinistenverband der Klärung dieser Angelegenheit durch eine Kommission des A D G B. so offensichtlich ausgewichen ist, haben wir in der „Gewerkschaft“ und auch im Jahresbericht der Filiale Berlin diese Vorwürfe veröffentlicht. Wir überlassen es den Lesern, zu entscheiden, ob diese Vorwürfe berechtigt sind und ob der Verband der Maschinisten und Heizer sich hier als unschuldiges Fröchtchen hinstellen kann, das die bösen Wespen benagen. Auf der einen Seite sind beim Arbeitgeber durch Maßnahmen, wie sie oben geschildert sind, anzubeden, und auf der andern Seite die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu wollen, sind zwei Dinge, die sich nicht miteinander vertragen. Die erste Absicht muß in Zukunft vollständig fallen gelassen werden, wenn der Verband der Maschinisten und Heizer verlangt, daß man ihn nicht als unehrlichen Kantonisten, sondern als ehrlichen Bundesgenossen betrachten soll.“

In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit.
Karl Marx.

Turbinen schießt. Als ich im Spätsommer 1923 zum erstenmal das Werk besichtigte, konnte man noch im Innern des Werkes die gewaltigen Betonmauern und -bauten feststellen und drin herumspazieren. Heute füllen Millionen Kubikmeter Wasser diesen künstlichen Betontunnel und vermitteln den Antrieb für die großen Dynamos am Fuße des Kofsees. Die Beschäftigung der großen Dynamomaschinen ergab erneut, daß diese Millionen von Arbeitskräften, wie sie die Natur den Menschen bietet, bei weiterem Ausbau sehr wohl in der Lage sind, das ganze Arbeitsproblem umzugestalten, um damit den Prinzipien der freien Gewerkschaften auf wesentliche Vertiefung der Arbeitszeit zu dienen!

Nun folgt ein weiterer „Sprung“. Dazwischen liegen 17 Eisenbahnstunden und wir sind in Brüssel, der Zentrale des neuen Belgien, das infolge des Kriegsausganges zwar offiziell hoch patriotisch ist, andererseits aber in seinem Brüsseler Volkshaus mit den sozialistischen Arbeitermassen, den Genossenschaften und den freien Gewerkschaften auch zum Ausdruck bringt, daß eine andere Welt, die Welt der Internationale, im Werden begriffen ist. Vieles ließe sich wohl über die romanisch-französisch-belgische Kultur im einzelnen sagen. Die Parls liegen fast durchweg in Brüssel außerhalb der Stadt und so begnügt sich der Belgier (wie auch der Pariser) vor seinem Restaurant zu sitzen und den Verkehr der Straße zu beobachten oder zu bewundern. Auch das Parlament bietet einen für uns Deutschen etwas eigenartigen Anblick. Es erscheint uns höchst merkwürdig, wenn die Minister in den Abgeordnetenbanken sitzen und sprechen und hinter ihrem Rücken die Redner der Parteien sich losschleppen in ihren

Scharfmachereien des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden.

Als im Jahre 1920 der Kommunale Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, Sitz Magdeburg, gegründet wurde, sollte der Grundsatz gelten, keine Kampforganisation, sondern eine Organisation des Ausgleichs zwischen Behörden und Arbeitnehmer zu sein. Dieser Grundsatz, der eine Selbstverständlichkeit für Arbeitnehmer und Behörde der öffentlichen Verwaltungen sein sollte, wurde bald verlassen. Er verbreitete sich bald über ganz Mitteldeutschland und der Charakter als Kampforganisation trat besonders in letzter Zeit in der reaktionärsten Art in den Vordergrund. Wohlerworbene soziale Rechte (wie Ruhegeld, Krankengeldzuschuß und Urlaub usw.), die jahrzehntelang bestanden, bildeten die Angriffspunkte dieses Verbandes, um sie für die Arbeitnehmer auf ein unerträgliches Maß und nahezu wertlos herabzusetzen. Die Lohnpolitik ist geradezu als standlos zu bezeichnen. Den schweren und gesundheitschädlichen Arbeiten in den kommunalen Betrieben wird in keiner Weise Rechnung getragen. Auf dem Wege der Verhandlung zu einer Verständigung zu gelangen, ist in letzter Zeit vollkommen ausgeschlossen gewesen. Im Schlichtungsverfahren hat man jeweilig der herrschenden Teuerung und der Notlage der Arbeiter in keiner Weise Rechnung getragen. Mit juristischer Spitzfindigkeit versucht man, den bestehenden Verträgen zum Schaden der Arbeiterschaft eine Auslegungsform zu geben, die „Treue und guten Glauben“ stark beeinträchtigt. Man versucht, in der standlossten Weise die Not der Arbeiterschaft infolge der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit auszubeuten. Eine dauernde Unruhe und Unsicherheit im Wirtschaftsleben ist unausbleiblich.

In welcher Weise der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden vorgeht, ist aus folgendem Rundschreiben ersichtlich, das der Vorstand anlässlich des Bauarbeiterstreiks an seine Mitglieder versandte. Die Magdeburger „Volksstimme“ hat es am 12. Juli 1925 der Öffentlichkeit übergeben:

Mitteldeutscher Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, Magdeburg. Betrifft Bauarbeiterlöhne im Freistaat Sachsen.

An alle Mitglieder!

Aus industriellen Kreisen erhalten wir nachstehendes Schreiben, das wir mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme hermit ergehen den Mitgliedsvereinigungen übermitteln.

Bez.: Feuerherdt.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe läuft Ende Juni 1925 ab. Eine Neuregelung ist an den überspannten Forderungen der Gewerkschaften gescheitert (50- bis 50prozentige Lohn-erhöhung, sie fordern Maurerlöhne von 1,22 bis 1,13 Mark, Bauhilfsarbeiterlöhne von 1,22 bis 1,03 Mark, Affordverbot, Arbeitszeitverlängerung, Ferien usw.). Die Bauarbeiter werden voraussichtlich nicht offen streiken, sondern durch Zeitsperrungen, Abstreifen von Facharbeitern, Einzelbauwerke usw. die Arbeitgeber wie auch die Bauwerkstätten zum Nachgeben zu veranlassen suchen. — Die Bedeutung der Auswirkung dieses Kampfes, der also dem Baugewerbe bevorsteht, ist für alle Gruppen des industriellen und gewerblichen Lebens von derart großer Bedeutung, daß wir alle Verbände bitten, sofort ihre Mitglieder dahingehend zu verständigen, daß von ihnen nachstehendes erwartet wird. — Dem Vorstand der nachstehenden Punkte bitten wir, in der von uns gegebenen Weise unverändert weiterzugeben: Wir erwarten von Ihnen, daß Sie

1. an Bauarbeiter keinerlei geldliche oder sonstige Zuwendungen machen, denn jede direkte oder versteckte Lohnerbhöhung schädigt die Gesamtheit;

2. daß Sie den Baumeistern gegenüber nicht auf Fertigstellung des Baues in einer Weise drängen, die es den Baumeistern unmöglich macht, die im Kampfe notwendige Haltung zu bewahren;

3. daß Sie nicht einen Vertrag mit einem Baumeister lösen, weil er gemäß den Beschlüssen seines Verbandes in der Lohnfrage handelt, oder den Bau einem andern übertragen, der nicht Verbandstreue bewahrt, oder daß Sie selbst Bauarbeiter einstellen und den Bau in eigener Regie weiterführen;

4. daß Sie die verbandstreuen Baumeister auch sonst in jeder Weise unterstützen.

Wenn der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden schon in den Privatorganisationen als Scharfmacher auftritt, dann kennzeichnet er sich von selbst. Wir können nicht annehmen, daß von allen Mitgliedsvereinigungen eine solche Einstellung des Arbeitgeberverbandes gebilligt wird. Soll der Wirtschaftsfrieden der Arbeitnehmer in den öffentlichen Verwaltungen aufrechterhalten bleiben, dann darf vorausgesetzt werden, es wird dafür Sorge getragen, daß die wohlerworbene sozialen Rechte der Arbeiter unangefastet bleiben und ein Lohn gewährt, der dem Arbeitnehmer eine Existenzmöglichkeit unter Berücksichtigung der gesundheitschädlichen und gefährlichen Arbeit gibt.

Die Vertreter der Arbeiter in den einzelnen Parlamenten und Mitgliedschaften zum Arbeitgeberverband werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen müssen, daß die Rechte des Arbeitnehmers erhalten bleiben und ein sozialer Geist wieder eintritt.

Landstraßenwärter

Hannover. In der gutbesuchten Landstraßenwärterversammlung der Kreise Hannover, Linden, Springe und Burgdorf am 26. Juli in Hannover berichtete Kollege Müller über die letzten Lohnverhandlungen für das Tarifgebiet Hannover. Einleitend schilderte er die durch die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften immer mehr zugunsten der werktätigen Bevölkerung verschobenen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Die Angriffsfront der Arbeitgeberorganisationen ist hierdurch sehr gestärkt. Hieraus ergeben sich die in letzter Zeit immer häufiger ausbrechenden Aussperrungen und Streiks. Jede kleine Verbesserung der Lebenshaltung mußte dem Unternehmertum erst unter schwersten Opfern abgerungen werden. Der Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände sowie die diesem angeschlossenen Bezirksverbände stehen in dieser Beziehung den industriellen Arbeitgeberverbänden nicht nach. Während die Spitzenorganisation die sozialen Rechte der Arbeiter durch zentrale Verhandlungen mehr und mehr beschneiden will, suchen die Bezirksverbände durch Niedrighaltung der Löhne die Wirtschaftlichkeit der Gemeinden und Kreise zu

gewinnigen. Das für sich selbst ist ein anderes Land der Welt aufzuweisen kann. Besonders gepflegte Radfahrwege sind eingerichtet, und es ist den Autos verboten, darauf zu fahren. In den Straßen und den größeren Straßen sind Erleichterungen geschaffen für Radfahrer in bezug auf die Uebergänge usw. Man kann geradezu sagen, daß der Massenmenschen in Holland, besonders in den Großstädten, nicht der Fußgänger, sondern der Radfahrer geworden ist. Daraus ergibt sich naturgemäß eine außerordentliche technische Beherrschung des Rades für den einzelnen. Im übrigen vertritt der Holländer den Standpunkt, der mir nicht ganz ungerechtfertigt erscheint, daß mit dem regelmäßigen Radfahren in den Großstädten ein solcher Grad der Selbständigkeit des Individuums erreicht werde, daß daraus eine überaus günstige Schulung und Charakterbildung des einzelnen vor sich gehe, die gar nicht hoch genug, auch im Lebenskampf eingeschätzt werden müsse!

Ein besonders erfreuliches Kapitel für Holland bietet das Wohnungswesen. Hier haben wir ein Schulbeispiel dafür, wie „Friede ernährt und Krieg verzehrt“. In Amsterdam sind allein in den letzten Jahren nach dem Kriege etwa 80 000 Wohnungen gebaut worden, die große Mehrzahl — ein- bis zweistöckige Häuser — für Arbeiter! Alles Zwei- bis Dreizimmerwohnungen mit Badeeinrichtung, Elektrizität und sonstigem Komfort. Judenghetto und die materiell ärmlichen und schmutzigen Straßen Amsterdams sind fast verschwunden. Winkelhäuser gibt es nur noch in einzelnen Partien. Aber draußen, weit im Süden des Landes, jenseits der

jeweiligen Reden. Bezeichnend ist auch, daß man „nach Möglichkeit“ die deutsche Sprache im Parlament als Zuhörer vermeiden soll. Die Soldateska mit aufgepflanztem Bajonett steht überall auf den Treppenaufgängen und Emporen „kampfbereit“ da.

Man sagt, die Architektur eines Landes ist der Ausdruck des Kunstgefühls eines Volkes. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen steht allerdings Belgien wie Frankreich heute noch in den Idealen des achtzehnten Jahrhunderts. Die französische Renaissance dominiert auf der ganzen Linie. Die wir durch die modernen Zweckbauten und Hochhäuser in Deutschland unser Auge gewöhnt haben, empfinden eine gewisse Unruhe als störend in fast all diesen Giebel- und Fassadenbauten. Indessen muß man bedenken, daß Belgien verhältnismäßig wenig Neubauten in den letzten Jahren schaffen konnte.

Ganz anders steht es demgegenüber in Holland aus. Wenn man von Brüssel nach Amsterdam fährt, so ist man nach fünf Stunden sozuzagen in einer anderen Welt. Hier gibt es keine quecksilberne Unruhe, wie sie typisch in Brüssel und Paris ist, sondern alles atmet friedliche und bewußte Ruhe. Selbst in Amsterdam, der Großstadt, geht die Straßenbahn ihre ruhigen Kurven ohne Quietschen wie etwa in Berlin. Tausende von Radfahrern sind das Charakteristikum der Straße. Aber alles fährt in Ruhe nebeneinander und selbst die Autos müssen gegenüber diesen „Radfahrerparks“ sich zurückhalten und in die selbst gewählte Ordnung sich einfinden. Man sagt, daß Holland gegenwärtig über 3 Millionen Radfahrer habe bei 7 Millionen Einwohnern. Die Radfahrsteuer beträgt 2 Gulden pro Jahr, so daß die Regierung eine ansehnliche Steuersumme damit

haben". Das beweisen ganz besonders die Lohnverhandlungen am 4. Juli für die Landstraßenwärter mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Hannover. Trotzdem seit Dezember 1924 keine Lohnerhöhung eingetreten war, glaubte der Arbeitgeberverband, uns mit geringen Zulagen abzufinden. Erst die Bezirkschiedsstelle mußte ihm begreiflich machen, daß auch die Landstraßenwärter ein Recht auf menschenwürdige Entlohnung haben. Durch Schiedspruch wurde eine Erhöhung des Tagelohnes um 40 Pf. für alle Ortsklassen festgesetzt. Gleichzeitig erhöht sich die Sozialzulage von 82 auf 86 Pf. pro Tag. Wegebeld wurde von 5 auf 7 Pf. pro Kilometer erhöht. In der Debatte wurde die Tätigkeit der Organisation allseitig anerkannt, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß auch der jetzt erzielte Lohn längst nicht ausreichend ist. Eine baldige Angleichung der Löhne an die Lebenshaltung muß erreicht werden. Die vom Provinzialausschuß für die Chausseewärter festgesetzte Ruheordnungsnummer wurde auf unseren Antrag von den Kreisen Hannover, Linden und Springe ohne weiteres übernommen. Der Landrat des Kreises Burgdorf hat ihre Einführung ohne Befragung des Kreisausschusses abgelehnt, mit der merkwürdigen Begründung, daß dadurch die älteren Wärter wesentliche Vorteile gegenüber den jüngeren hätten und dieses nicht gerechtfertigt sei. Wahrscheinlich denkt der Landrat, die jetzigen jungen Wärter haben auf der Landstraße ein solch paradiesisches Leben, daß sie niemals alt werden. Wir haben erneut die Einführung der Ruheordnungsnummer beantragt. Es steht zu hoffen, daß nunmehr der Kreisausschuß selbst hierzu Stellung nimmt. Gestagt wurde über die Nichterhaltung der Zahlungsstermine und beschlossen, unter allen Umständen die zweimonatliche Zahlung beizubehalten. Zum Schluß wurde noch die Ausführung verschiedener Akfordarbeiten besprochen.

Tübingen. Die Konferenz der Staatsstraßenwärter am 19. Juli 1925 im Volkshaus in Weimar war von 19 Delegierten und einer Anzahl Gäste besucht. Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahm der Kollege Kurpat, von der Gauleitung die Kollegen Stierwald und Pawlit an der Konferenz teil. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Stierwald. Er schilderte die Umstellung der jetzigen Ordnungsbekleidungsgegenüber der sozialistischen Regierung. Die Lohnspannen, die früher wesentlich geringer waren, sind jetzt unerträglich geworden. In freier Vereinbarung kommt mit der Regierung keine Einigung zustande. Stets muß der Schlichtungsausschuß eingreifen. Es wäre besser, wenn die Regierung weniger auf die Einflüsterungen der Industrie hören würde. Leider haben die Spitzenorganisationen die Reichsarbeiterlöhne nicht gekündigt. Dadurch glaubt die Regierung vorerst keine Lohnzulage geben zu können. Mit unserem Antrage auf Einführung einer Ruheordnungsnummer hat sich der Haushaltsausschuß des Landtages beschäftigt. Nach dem Beschluß sollen die Staatsarbeiter nach fünfjähriger Dienstzeit 33% Proz. sowie für jedes weitere Dienstjahr bis zum 75. Dienstjahr weitere 2 Proz. des Lohnes als Ruhegeld erhalten. Wir wollen hoffen, daß der Landtag dem Beschluß des Haushaltsausschusses beitrifft. Ueber gesellschaftliches und tarifliches Arbeitsrecht referierte Kollege Kurpat. Er schilderte im einzelnen die Entwicklung des Arbeitsrechts und die Umbildung Deutschlands aus einem Agrar- zum Industriestaat. Die damalige Zeit brachte es mit sich, daß die Arbeiter zur Sicherung ihrer Existenz sich zu-

lammenschlossen. Die ersten arbeitsrechtlichen Gesetze, Unfall- und Versicherungsgesetze sind auf den Zusammenschluß der Arbeiterschaft zurückzuführen. Das Betriebsrätegesetz ist ebenfalls ein Fortschritt auf dem arbeitsrechtlichen Gebiete. Wir müssen immer mehr an der Ausgestaltung dieses Rechtes arbeiten, damit in Zukunft die Existenz eines jeden Arbeiters sichergestellt ist. Neben dem gesetzlichen Arbeitsrecht besteht das tarifliche Arbeitsrecht, das sich auf freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufbaut. Auch hier müssen wir mit Hilfe starker Gewerkschaften versuchen, das tarifliche Arbeitsrecht weiter auszubauen. In der gegenwärtigen Diskussion beteiligten sich die Kollegen Wildenhain, Miehsch, König, G., Fiedelmann, Pawlit, Fiedler, Büchner, Walsch. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 19. Juli im Volkshaus in Weimar tagende Vertreterkonferenz der Staatsstraßenwärter erwartet, daß der Landtag bei den kommenden Beratungen der Ruheordnungsnummer den Beschlüssen des Haushaltsausschusses beitrifft. Die Entscheidung der in den früheren Gebietsteilen gewährten Ruheordnungsnummer war eine durch nichts gerechtfertigte unsoziale Maßnahme.“

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Das Ergebnis der Hauptbetriebsratswahlen bei der Reichswasserstraßenverwaltung. Die Hauptbetriebsratswahlen in den Bereichen der Reichswasserstraßenverwaltung gehören erfreulicherweise zu denjenigen Wahlhandlungen unter den Reichsarbeitern, die stets ein reges Interesse und auch eine verhältnismäßig starke Wahlbeteiligung auslösen. Das hat seinen Grund darin, daß der Hauptbetriebsrat in seiner Zusammensetzung bei jeder Wahl von der christlichen Richtung ernstlich bedroht wird. Das veranlaßt natürlich auf der Gegenseite die Organisation zu einer starken Wahlpropaganda, die auch diesmal wieder getrieben wurde, und — wie wir mit Genugtuung feststellen können — den gewünschten Erfolg gebracht hat. Obwohl diesmal ein Teil der Wasserstraßenbeamten für die Deutsche Wasserstraßengewerkschaft Propaganda gemacht hat und die letztere mit einer Anzahl anonymen Flugblätter arbeitete, haben die freien Gewerkschaften wiederum einen glänzenden Sieg errufen, ja, wir konnten sogar im Gegensatz zum Vorjahre unsere Stimmzahl noch von 7649 auf 10.843 steigern. Aber auch der Wasserstraßengewerkschaft ist es gelungen, einen namhaften Zuwachs zu erhalten; auch ihre Stimmzahl erhöhte sich von 3625 auf 5065. Die letztere Zahl sollte unseren Kollegen erneut Veranlassung geben, in der Agitation zur Gewinnung neuer Wasserbauarbeiter nicht zu erlahmen. Nach dem vorstehenden Ergebnis sind gewählt: aus Liste I (freie Gewerkschaften) Arbeiter: Max Fritsche, Dreher, Harburg a. d. Elbe, Frankstr. 16; Friedrich Behrens, Maschinist, Brate in Oldenburg; Paul Scholchert, Arbeiter, Berlin NW 5, Birkenstr. 10; August Andersen, Kiel-Haltenau, Lüjohannstr. 32. Kollege Behrens ist Mitglied unseres Verbandes und seit Jahren im Hauptbetriebsrat tätig gewesen. Aus Liste II (Angestellte): Paul Sabow, technischer Angestellter, Hammoor, Königsworther Str. 1. Aus Liste III (christliche Gewerkschaften): Karl Wills, Schweißengehilfe, Brieg bei Breslau, Mühlendamm 3. Für die Angestellten haben die Christen kein Mitglied erhalten.

Amstel, des breitesten Flusses, ist ein neuer Stadtteil erbaut, der jetzt allein etwa 50.000 Einwohner zählt. Breite Straßen sind angelegt und in den Nebenstraßen tummeln sich die kleinen Kinder auf Plätzen mit wunderbaren Spielgeräten und mustergültigem Abschluß gegenüber den verkehrsreichen Straßen. Amsterdam hat in seinen Grachten, d. h. den stilleren Straßen, die sich längs der Wasserkanäle hinziehen, ein ehemaliges Patrizierviertel, das jetzt längst zu Bureaus usw. umgestaltet ist, in stiller Abgeschlossenheit, wo die Geschäfte für den Handel und Wandel der Welt und nicht zuletzt der holländischen Kolonien abgeschlossen werden. Und in kaum einer Stunde Bahnfahrt erreicht man die Nordsee. Dort tummeln sich am Strande Hunderte Kinder, rot- und blondgelockte Kinder, die sich in diesen Ferientagen der Sonne, des Wassers und der salzhaltigen Seeluft erfreuen. Man kann aber auch schon in einer halbständigen Wanderung an den ruhigen Gestaden des Zuyder Sees den Leib fühlen und steht die weite Fläche dieses Binnenmeeres bis zum Horizont. Der Plan, den Zuyder See trocken zu legen, wird jetzt ernstlicher erwogen. Er würde die Gewinnung einer ganzen Provinz bedeuten und holland um einen ungeheuren Landbesitz vergrößern. Die Inseln Volland und Marken mit ihren historischen Trachten der Inselbevölkerung würden freilich damit ihre Abgeschlossenheit verlieren, die sie seit mehr denn 500 Jahren bewahren konnten. Bei allem historischen Interesse für solche Dinge kann das doch für die Gesamtentwicklung eines Landes nicht entscheidend sein.

Wenn wir noch einiges von unseren Brüdern und Amsterdamer Kollegen sagen dürfen, so das eine: daß sie der Internationale große

Gastfreundschaft bewiesen und daß der Sinn und Geist unserer Bruderorganisationen dem gleichen Ziel zustrebt, wie wir es haben. Das heißt die Verbesserung, den Aufstieg der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse, insbesondere der Arbeiter öffentlicher Betriebe. Bewußt ist die Lebenshaltung der holländischen Arbeiter ganz sicher gegenwärtig etwa um ein Drittel besser als die des deutschen Arbeiters. Wir erleben daraus, daß wir unseren Kampf noch energischer führen müssen und daß alle Behauptungen der Unternehmer und ihrer Stützler, sie seien schwerer belastet als die Auslandsunternehmer, von uns nicht ernst genommen werden können. Wir haben die Aufgabe, in gleichem Schritt und Tritt zu marschieren und alles daran zu setzen, um in allen Ländern dem Gedanken des Aufstiegs der Arbeiterklasse schneller zum Durchbruch zu verhelfen. Nur Einheitlichkeit führt hier zum Ziel. In Holland sind noch fünf Gewerkschaftszentralen tätig, während wir immerhin nur zwei ernst zu nehmende Organisationszentralen haben. Unsere Kollegen in Holland haben in manchen Städten 60 bis 70 Proz. der Kollegen um sich geschart, während ausgerechnet in der Hauptstadt des Landes, in Amsterdam, noch vieles fehlt. Aber auch diese Schwierigkeiten werden überwunden werden, und genau wie heute Berlin bei einem Lohnkampf ein Signal gibt für die gesamte Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe, so wird und muß es auch sein für Brüssel und Amsterdam. Auch dort werden Schlachten geschlagen, Lohnkämpfe ausgefochten, die indirekt sich auswirken zugunsten der gesamten Bewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Erde.

Aus unserer Bewegung

Breslau. Zwischen dem Magistrat und unserem Verbands sowie dem Zentralverband öffentlicher Betriebe und Verwaltungen ist auf Grund unserer Lohnforderungen ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden. Dem Magistrat war der Antrag, eine Erhöhung von 15 Pf. vorzunehmen, zugestimmt worden, welche in den Verhandlungen durch die gesteigerten Bedarfsmittelpreise begründet wurde. Vom Magistratsunterausschuß wurde jedoch nur ein Zugeständnis von 6 Pf. für Handwerker, 5 Pf. für an- und ungelernete Arbeiter und für Arbeiterinnen von 4 Pf. ab 1. August gemacht. Es wurde hierzu erklärt, daß der Unterausschuß zunächst nur 5,4 und 8 Pf. geben wollte, aber daß im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse man noch für jede Gruppe einen Pfennig zugelegt habe. Die Sätze müßten aber bis 31. Dezember 1925 Gültigkeit haben. Vom Bevollmächtigten wurde dieser Vorschlag nach kurzer Beratung abgelehnt, weil die Leuerung sich schon im Juli bemerkbar gemacht habe, die angebotenen Sätze also keinesfalls genügen und weiterhin könne der Verband sich keineswegs auf so lange Zeit binden. Es wurde der Vorschlag gemacht, den Tarif auf einen Monat abzuschließen und den Magistrat selbst noch einmal über die Höhe der Zuschläge beraten zu lassen. Dieser hat dann ein weiteres Zugeständnis gemacht, welches wohl die vorgeschlagenen Sätze behält, aber diese schon vom 12. Juli ab gewährt; weiterhin soll der Lohnsatz nur bis 30. September in Gültigkeit bleiben. Diese erneuten Angebote wurden von der kombinierten Sitzung des Vorstandes und der Tarifkommission und darauf von der Funktionärerschaft gegen wenige Stimmen angenommen. Wenn auch der Erfolg unserer Lohnbewegung kein reiflicher ist, so muß er als zufriedenstellend angesprochen werden, denn der Magistratsvertreter wies auf die Steigerung der Reichsindizes hin, welche nur 2,2 Proz. betrage. Ohne das Drängen und Fordern unseres Verbandes wäre wohl dieser Ausgang nicht zu verzeichnen gewesen. Jeder Kollege und jede Kollegin muß deshalb die notwendigen Lehren daraus ziehen und für weiteren Ausbau unseres Verbandes Sorge tragen.

Dortmund. Die Quartalsversammlung am 18. Juli d. J. beschäftigte sich neben dem Quartalsbericht mit der Lohnpolitik der Gemeindearbeiter. Kollege **Wetznage** ging in seinem Bericht von der Denkschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände vom 12. Mai 1925 aus und legte dar, daß die Arbeitgeber im letzten Quartal zur Generaloffensive gegen die Sozialpolitik und vor allem Dingen gegen die Wünsche der Arbeiter auf gerechte Entlohnung vorstießen. Auch der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Städte und Gemeinden folgt in der letzten Zeit sehr stark den Einflüsterungen der deutschen Scharfmacher. Bei allen Lohnverhandlungen wurde von den Arbeitgebervertretern erklärt, daß die Löhne der Gemeindearbeiter ausreichend seien. Der Redner ging dann zu einer Besprechung der Sozialpolitik über und stützte an Hand von Beispielen noch das Unrecht der deutschen Steuererhebung gegenüber den Gehalts- und Lohnempfängern. — Beim Bericht über die Mitgliederbewegung und die Kampferhältnisse konnte der Kassierer feststellen, daß auch im vorliegenden Quartal eine weitere Gesundung der Bewegung eingetreten sei. Er ersuchte zum Schluß, in der Werbearbeit tatkräftig fortzuführen, weil vielleicht schon in den nächsten Tagen die Organisation unter eine starke Belastungsprobe gestellt würde. In der Diskussion wurde von einzelnen Rednern der Ansicht der Vertreter der Arbeitgeber entgegengetreten, die da behaupten, daß die Löhne der Gemeindearbeiter ausreichend seien. Es wurde diesen Herren, die Gehälter bis zu 1000 Mk. und darüber pro Monat beziehen, empfohlen, nur einen einzigen Monat mit dem Einkommen eines Arbeiters ihre Haushaltungskosten zu bestreiten, so würden sie schnell zu anderen Ansichten über ausreichende Löhne kommen. Zum Schluß wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

„Die am 18. Juli tagende Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Dortmund, erwartet dem diesjährigen Verbandskongress und vom Gewerkschaftskongress, daß diese sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die von der Reichsregierung geplante Lohnsenkungsbewegung wenden. Die ohnehin unzureichenden Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter lassen eine weitere Belastung des Arbeiterstandes durch verteuerte Warenpreise nicht mehr zu. Die Annahme des neuen Sozialgesetzes hat zweifellos große wirtschaftliche Rückschläge zur Folge, für welche die Mitgliedschaft schon jetzt Vorbereitungen treffen muß. — Die Generalversammlung spricht sich für eine Vollamteiler aller politischen Forderungen aus. — Die Generalversammlung erkennt in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 12. Mai 1925 erneut den Willen der deutschen Scharfmacher, die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse mit Hilfe der jetzigen Regierung weiter herabzubringen. Die Mitgliedschaft des Verbandes wird in Zukunft Sorge dafür tragen, daß dem einseitlichen Machtwort der Unternehmer eine geschlossene Organisation der Arbeitnehmer gegenübersteht, damit die sozialen Einrichtungen in unseren Lohnverträgen nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausgebaut werden können.“

Halle a. d. Saale. In der gut besuchten Generalversammlung gab Kollege **Fücht** den Geschäftsbericht für das verlossene Quar-

tal. Er brachte zum Ausdruck, daß in diesem Quartal die inneren organisatorischen Fragen einen weitgehenden Raum einnahmen und daß die Aussicht besteht, dieses Quartal als eine wesentliche Unterlage für die weiteren Arbeiten zu betrachten. Es war uns möglich, unter den schwierigsten Verhältnissen neue Löhne für die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe festzusetzen. Der Kampf um die Arbeitsbedingungen wurde unter verschärften Verhältnissen geführt. Nach langen Verhandlungen wurde der RWT für die Gemeindearbeiter endgültig abgeschlossen. Die Tarifverträge für die Reichsarbeiter und für die kommunalen Krankenhäuser konnten ebenfalls der Mitgliedschaft übergeben werden. In allen Tarifen zeigen sich wesentliche Abänderungen, die teilweise besser als in den Vorjahren, teilweise aber auch schlechter zu nennen sind. Bedinglich der Staatsarbeitsvertrag für Preußen blieb unverändert, so daß wir also für die preußischen Staatsarbeiter noch den Manteltarifvertrag haben, welcher vor Jahren mit der preußischen Staatsregierung abgeschlossen worden ist. Das zeigt uns, daß mit einer Regierung, wie in Preußen, in der Arbeitervertreter sitzen, ein leichteres Arbeiten ist als mit Regierungen, die einen vollkommen reaktionären Einschlag haben. Auch die Strafverwahrer haben nach langwierigen Verhandlungen einen neuen Manteltarifvertrag erhalten. Erfreulicherweise ist wieder eine starke Aufwärtsbewegung in der Organisation zu verzeichnen. 128 zahlende Mitglieder sind in diesem Quartal mehr zu verbuchen. Den **Rassenbericht** gab Kollege **Del-schläger**. Einer Gesamteinnahme von 9700 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 5600 Mk. entgegen. An Unterstiftungen wurden 1800 Mk. ausgegahlt. Zum Verbandstag in Frankfurt a. M. sprach Kollege **Kahn**. Die Abschaffung der Technischen Nothilfe ist unbedingt erforderlich. Der Schaffung eines Reichsferienheimes sei ohne weiteres zuzustimmen.

Königsberg i. Pr. Bei den Wahlen zum Ausschuß der Betriebsrentenkasse der Stadtgemeinde Königsberg i. Pr. ergab sich folgendes Wahlergebnis: Auf den Wahlvorschlag I (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) entfielen 1972 und auf den Wahlvorschlag II (Christlich-national) 219 Stimmen. Nach dem Verhältnis der Stimmzahl fielen 45 Ausschußmitglieder dem Wahlvorschlag I und 5 Ausschußmitglieder dem Wahlvorschlag II zu. Angesichts der von den Christlich-national eingestellten Organisationsvertretern entfalteten Propaganda ist das Wahlergebnis für uns durchaus günstig zu bezeichnen; trotzdem können wir mit unserer Kritik derjenigen Gemeindearbeiter nicht zurückhalten, welche ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Hätte sich die städtische Arbeiterkassiererschaft geschlossen an dem Wahlgang beteiligt, dann wäre der Christlich-nationale Wahlvorschlag wahrscheinlich nur mit einem Trostkandidaten durchgekommen. Aufgabe der Kollegenschaft ist es, bei zukünftigen Wahlen die Geschlossenheit dem Arbeitgeber gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Celzig. In der stark besuchten Mitgliederversammlung am 24. Juli gab Kollege **Schuchard** den Bericht über die Verhandlungen der Landestarifkommission am 23. Juli vor dem Landesgeschäftler **R. A. Haack** in Dresden. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden hatte beim Landesgeschäftler beantragt, den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle vom 29. Juni für verbindlich zu erklären. In der Verhandlung, zu der vom Arbeitgeberverband nur der Geschäftsführer **Dr. Kaumann** erschienen war, versuchte die Landestarifkommission den Arbeitgeberverband zu veranlassen, seinen Antrag zurückzuziehen und sofort, zwecks nochmaliger Verhandlung der Parteien, einige Mitglieder des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes herbeizuholen. Das wurde von dem Geschäftsführer für unmöglich erklärt, ebenso das Erfuchen, weitere Konzessionen zu machen hinsichtlich der Zeitdauer der durch den Schiedspruch normierten Löhne und einer entsprechenden Erhöhung derselben, da sie der tatsächlichen und einer mäßig steigenden Leuerung Rechnung trügen. Der Landesgeschäftler erklärte, einen Vergleichsvorschlag nicht machen zu können, da für ihn der vorliegende Schiedspruch ein Evangelium bedeute. Würde er das dennoch tun, sehe er sich einem Konflikt mit den Gerichten aus! Er erklärte einmal ganz brutal, daß die Verbindlichmachung früher die Arbeitgeber in der Mehrzahl zwang, Schiedsprüche, die sie nicht anerkennen wollten, durchzuführen, jetzt sei es umgekehrt, und um den Wirtschaftskrisen zu wehren, werden die Schiedsprüche eben für verbindlich erklärt, um so Zwangstarife zu schaffen. Nach den rechtlichen Ausführungen wurde in die materielle Verhandlung eingetreten. Die Landestarifkommission versuchte nun unter Aufzählung der tatsächlichen Lebensunterhaltungskosten und der in vielen Branchen der Privatindustrie tatsächlich weit höheren Löhne, eine verbesserte Vereinbarung zu dem vorliegenden Schiedspruch zu erzielen. Die Parteien zogen sich dreimal zurück, um gelindert zu beraten. Die Sachlage stand so: Wurde der Schiedspruch für verbindlich erklärt, bestand er also als Zwangstarif, und hätten daraufhin die Gemeindearbeiter gestreikt, so würde dem Arbeitgeberverband die Handhabe geboten, die Organisation regreßpflichtig zu machen. Wurde der Schiedspruch jedoch nicht für verbindlich erklärt, dann hätte die Lohnbewegung nochmal von vorn beginnen müssen, und zwar: Antrag an den Arbeitgeberverband auf neue Verhandlungen, dann Bezirkschiedsstelle usw. Der Zentralausschuß kann nicht angerufen werden wegen der Differenzen mit dem RWT. Nach dieser Sachlage glaubte nach eingehender Prüfung und Aussprache

die Landestarifkommission es nicht verantworten zu können, wenn durch die Verbindlichmachung ein Zwangstarif geschaffen wurde oder die Verhandlungen bei Nichtverbindlichmachung weiter hinausgeschoben worden wären. Ebenso wurde der undiskutable Vorschlag des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes, daß er bis Montag nächster Woche mit den Vorstandsmitgliedern telephonisch sprechen wolle, als eine zwecklose Verschleppung zurückgewiesen. Es gelang der Landestarifkommission nach vielen Mühen, folgendes Zugeständnis vom Geschäftsführer zu erlangen: „Zwecks Verringerung der Spanne zwischen dem gelernten und dem ungelernten Arbeiter wird der Stundenlohn des letzteren um 1 Pfg., d. h. ebenfalls um 5 Pfg. erhöht. Die Indexsteigerung von 10 Punkten, die der Schiedspruch vorsieht, um vor Ablauf des Schiedspruches in neue Lohnverhandlungen eintreten zu können, wird auf 8 Punkte herabgesetzt.“ Nach Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren beschloß die Landestarifkommission, das Ergebnis anzunehmen, wodurch die Lohnbewegung nun beendet ist. — Die diesem Bericht folgende Aussprache wurde von den Zellenleuten benutzt, um in unverantwortlicher Weise gegen die Landestarifkommission und die Verbandsangestellten zu hetzen. Sie forderten einer wie der andere die Versammlung auf, die Führer davonzujagen, da sie alle Verräter und Lumpen seien. Es gelang ihnen, die Erregung der Masse bis zur Siebehitze zu steigern, dabei schwafelten sie von der Einheitsfront, wie sie sie auffassen. Es waren eine Anzahl Entwürfe eingereicht, durch die das sofortige Eintreten in den Streik verlangt wurde und die Verbandsleitung gezwungen werden sollte, diesen sofort einzuleiten. Als der Versammlungsleiter ordnungsgemäß nach Erschöpfung der Aussprache dem Berichterstatter das Schlusswort erteilte, setzte ein ohrenbetäubender Lärm seitens der Zelle und der durch diese aufgehetzten Versammlungsteilnehmer ein. Die Schreier riefen fortgesetzt: „Erst abstimmen!“ Die Versammlungsleitung ließ sich jedoch nicht beirren. Jedemal, wenn der Berichterstatter zu sprechen beginnen wollte, setzte verstärktes Geheul, Trillerpfeifen und ohrenbetäubender Lärm ein. Eine ordnungsgemäße Versammlungsführung war dadurch unmöglich geworden. Der Versammlungsleiter erklärte daher die Versammlung für geschlossen. Das war das Signal, auf das schon lange gewartet wurde. Ein wüstes Geheul setzte ein und einige junge Leute stürmten auf die Bühne und schlugen auf das Präsidium mit den Fäusten, Gläsern und Flaschen ein, dabei alles zertrümmend, was ihnen unter die Hände kam. Dieses traurige unqualifizierbare Verhalten spornete noch etliche Versammlungsteilnehmer an, ein Gleiches zu tun. Es ist jedoch allen sehr schlecht bekommen, da auch eine große Anzahl vernünftiger Kollegen auf die Bühne gestürzt war, um das Präsidium vor den Rohlingen zu schützen. Dieses tief bedauerliche Vorkommnis ist ausschließlich auf die systematische Hetze der KPD- und Zellenleute zurückzuführen. Sie schädigen dadurch die Arbeiterschaft ganz ungeheuer und nützen lediglich den Arbeitgeberern. Es wird an der Zeit, daß die Arbeiterschaft diesem Treiben durch Selbsthilfe ein Ende macht.

Oldenburg. Der Stadtrat hatte sich kürzlich auch mit den niedrigen Löhnen der städtischen Arbeiter zu befassen. Der Magistrat sowohl wie auch alle Parteien des Stadtrats brachten in der Aussprache einstimmig zum Ausdruck, daß eine Verbesserung der Lohnsätze unbedingt notwendig sei, nur wollte man nicht den Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Arbeitnehmervertretung vorgreifen. Der Oberbürgermeister erklärte ausdrücklich, daß er nicht verstehen könne, warum der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter noch nicht mit einer Lohnforderung an den Arbeitgeberverband herangetreten sei. Jedenfalls würde der Magistrat dafür Sorge tragen, die Lohnfrage, sobald ein Antrag vorliege, zu beschleunigen. Den Vorwurf des Oberbürgermeisters haben wir gern hingenommen in der Hoffnung, daß nunmehr eine fühlbare Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter kommen würde. Bei den inzwischen in Bremen stattgefundenen Verhandlungen hat der Arbeitgeberverband jede Lohnerhöhung abgelehnt. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte, daß Zeit und Umstände für eine Lohnerhöhung nicht geboten seien, und daß der Arbeitgeberverband mit Rücksicht auf das Reich jede Lohnerhöhung für die Arbeiter ablehnen müßte. Sogar der Vertreter des oldenburgischen Magistrats, der Herr Bürgermeister, versuchte durch einige irgendwo herausgegriffene Zahlen nachzuweisen, daß eigentlich die städtischen Löhne noch zu hoch seien. Das ist die wohlwollende Lohnpolitik des oldenburgischen Magistrats. Nach einer Feststellung der städtischen Lohnsätze vom 1. Oktober 1913 gab es damals nur drei Lohngruppen: Gelernte, Angelernte und Ungelernte. Die Gelernten hatten einen Anfangswochenlohn von 32,40 M., die Angelernten von 31,50 M., und die Ungelernten von 27,84 M. Diese Sätze stiegen jedes Jahr um 0,60 M. pro Woche. Außerdem arbeitete der größte Teil der Arbeiter im Akkord, so daß der wirkliche Lohn noch um ein bedeutendes höher gewesen ist. Demgegenüber bestehen heute folgende Löhne: Das Gros der Handwerker (Gruppe 2) erhält 30,72 M., mit Frau und zwei Kindern 35,04 M.; Angelernte 31,92 M., mit Frau und zwei Kindern 36,96 M. Der höhere Betrag gegenüber den Gelernten ergibt sich daraus, daß diese Gruppe im Durchschnitt in der Woche 7 Tage arbeiten muß; Ungelernte 23,52 M., mit Frau und zwei Kindern 27,84 M. Wenn hier scheinbar wieder die Friedenssätze

erreicht sind, so sei bemerkt, daß diese Einkommenssätze aber schon bedeutend durch die erhöhten Abzüge, wie Krankengeld, Steuern, Beitrag zur Invalidenversicherung usw. geschmälert werden. Die Feuerungszahl betrug für den Monat Juni schon 160,47, da kann sich jeder, der sich irgendwie mit Lohnpolitik beschäftigt, ausrechnen, wie miserabel die Löhne heute sind. Denn auch 1913/14 waren die Löhne der städtischen Arbeiter gegenüber anderen Städten nicht als rosig zu bezeichnen. Wenn nach all diesen Gründen der Arbeitgeberverband erklärt, daß eine Lohnerhöhung nicht geboten sei, so weiß man tatsächlich nicht, wann denn eine Lohnforderung berechtigt sein soll.

Rostock. In der Mitgliederversammlung am 16. Juli 1923 gab Kollege Reck er den Kassenbericht. Als Ersatzmann für Kollegen R. Behrens wurde Kollege H. Jeschke in den Vorstand gewählt. Es folgten dann die Berichte vom Ortsausschuß. Die Vorlage betr. des Beitrages zum Gewerkschaftsfest wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Es soll aber der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat empfohlen werden, Beitragsmarken für die Wohlharmonie herauszugeben. Das Verhalten des Vorstandes betr. Beschluß des Bau-gewerksbundes wurde gebilligt. Ebenfalls die Stellungnahme betr. des Gewerkschaftsfestes. Weiter soll an den Ortsausschuß der Antrag gestellt werden, die Versammlungen für die Gewerkschaften ab 1. Oktober wieder an bestimmten Abenden festzulegen. Alsdann wurde ein Antrag gestellt, von den maßgebenden Stellen eine Voll-annektie für alle politischen Befangenheiten auf dem schnellsten Weg durchzuführen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Er soll an den Reichspräsidenten, dem Reichstag und die Fraktionen gerichtet werden.

• Rundschau •

Die Frankfurter Olympiade. Tage friedlichster Erhebung sind die Tage der Frankfurter internationalen Arbeiterolympiade gewesen. Alle, die diese Tage mit erleben durften, unsere Brüder aus Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, Schweiz, Finnland, Lettland usw., alle haben nur bedauert, daß nicht alle Genossen und Genossinnen mit dabei sein konnten. Es wäre zu wünschen gewesen, daß auch alle die Proletarier dabei gewesen wären, die heute noch bürgerlichen, nationalistisch gefärbten Turn- und Sportvereinen nachlaufen. Diese hätten verspielt, daß sie nach diesem Erleben nichts mehr in den sogenannten „neutralen“ Sport- und Turnvereinen zu suchen haben. Die sogenannte „Neutralität“ der bürgerlichen Turn- und Sportvereine kennen wir zur Genüge. Körperliche Erleichterung, sagen sie, sei ihr Programm. Sie verstehen aber nur Kalorienhof-vorbereitung, Kriegsvorbereitung darunter, wenn sie nicht überflüssigen Rinnstein-Antisemitismus wie der Deutsch-österreichische Alpenvereiner, propagieren. Das hohe Ethos der ersten Arbeiterolympiade liegt gerade in dem bewußten Bekenntnis zur proletarischen sozialistischen Gesinnung. Im Festzug wurden große Fahnen getragen, auf denen zu lesen stand „Erfämpft den Achtundentag!“ Kann man, um nur eine der vielen politischen Fragen herauszugreifen, die die Ausübung des Sports betreffen, als Mensch, der die körperliche Erleichterung des Volkes will, etwas anderes wollen, als den Marginalarbeitstag von acht Stunden? Woher soll der Arbeiter und Angestellte die Zeit und die Kraft hernehmen, Sport zu treiben, wenn er mehr als acht Stunden arbeiten muß? Die Führer der bürgerlichen Sportbewegung sind aber meist im bürgerlich-reaktionären Lager, wo der Achtundentag mit allen Schläfen und anderen Verdrückungen und Verlegenheiten belampt wird. — Andere Fahnen lauteten: „Gegen den imperialistischen Krieg.“ Soll man nur den Körper ertüchtigen, um dann wegen irgendwelchen sich beleidigt fühlenden armlässigen Diplomatenfeinden Millionen von gesunden Menschen mit einer Giftgasbombe — auch Frauen und Kinder — gemordet zu sehen? Welche Lehren aber gibt uns die erste Arbeiterolympiade mit auf den Weg? Sie muß allen Sozialisten der Erde zeigen, daß neben Partei und Gewerkschaft die Arbeiterportbewegung ein ungewöhnlich wichtiger Faktor unserer proletarischen Bewegung ist, den wir nicht genug pflegen können. Unsere Arbeiterpresse (einschließlich der Gewerkschaftspresse) muß unsere Arbeiterportler im Kampf gegen den „neutralen“ bürgerlichen Sport, der allen Sinn für freie Menschenentwicklung und wahren Menschentum zu ersticken versucht und keine höheren Interessen kennt als Rekrutenzüchtigen, tatkräftig unterstützen. In den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen, wo die meisten Mitglieder Arbeiter und Angestellte sind, muß agitiert werden dafür, daß die Vereine aus den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden austreten und zu den Arbeiter-Turn- und Sportverbänden übertreten. Die nötige Zweidrittelmehrheit läßt sich bei reger Agitation erzielen, wie sie schon in Hunderten von Fällen erreicht worden ist.

• Briefkasten •

Jur. gest. Beachtung! Wegen Raummanget mußte eine Anzahl Berichte zurückgestellt werden.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter N. M. A. n. e. r., Remondweil, Redakteur Emil Tillmer, beide Berlin S. O. 33. Schillingstr. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich. Herausgegeben von der Reichsarbeitsverwaltung. Ausgabe 1925. 30. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Verlag des Reichsarbeitsblattes (Reimar Hobbing), Berlin SW. 61, 190 Seiten Großformat und 15 graphische Schaubilder. Preis 10 M.

Nach dreijähriger Pause gibt die Reichsarbeitsverwaltung die schnellst erwartete Neuauflage dieses bewährten Jahrbuches heraus. Die seit der Veröffentlichung des letzten Jahrbuches der Berufsverbände im Deutschen Reich 1922 abgelaufene Periode ist eine der bedeutungsvollsten in der Entwicklung der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberverbände. In diese Zeit, die den Gipfelpunkt der Inflation sowie die Stabilisation und ihre Folgen umfaßt, fällt sowohl der Höhepunkt der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, als auch der bedeutsame Rückgang der Arbeitnehmerverbände, der vielfach als die große Gewerkschaftskrise bezeichnet wird. Diese Tatsache allein charakterisiert die außerordentliche Bedeutung des amtlich hier zusammengestellten Materials. Das Buch gibt in seinem ersten Teil eine zeitliche Darstellung der organisatorischen Entwicklung der Arbeitnehmerverbände, der Arbeitnehmer- (Arbeiter-, Angestellten-, Beamten-) Verbände und der Verbände der freien Berufe. In einem Anhang werden die Arbeitsgemeinschaften und Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände behandelt sowie eine Uebersicht über die Arbeitnehmerverbände der Welt und ihre internationalen Spitzenorganisationen gegeben. Eine vorzügliche Ergänzung findet dieser Teil durch 15 graphische Darstellungen, aus denen der Aufbau und die Zusammenfassung dieser Verbände klar und übersichtlich zu entnehmen ist. Der zweite Teil bringt dann, wie auch in den früheren Ausgaben des Jahrbuches, die einzelnen Verbände in tabellarischer Uebersicht, woraus Name, Anschrift, Telefonnummer, Verbandsmitglied, Zahl der Mitglieder, Vermögensstand usw. zu ersehen sind. Die Zahl der aufgenommenen Reichsverbände hat sich gegenüber der letzten Ausgabe von 1924 auf 1611, die der Bezirksverbände von 121 auf 371 erhöht. Auch auf diesen beiden ist die außerordentliche Bedeutung der vorliegenden Ausgabe zu ersehen, die für alle sozialpolitisch und arbeitsrechtlich interessierten Stellen und Personen, aber auch darüber hinaus für alle Kreise wegen des umfangreichen Adressenmaterials unentbehrlich sein dürfte.

Arbeitsrecht. Sammlung der reichsgesetzlichen Vorschriften zum Arbeitsvertrag. Letztausgabe mit Sachregister, herausgegeben von Dr. H. Hoeniger, Professor der Rechte in Freiburg i. Br. und Dr. E. Wehrle, hauptamtlicher Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule Nürnberg. Reicht einer einführenden Abhandlung über die Grundformen des Arbeitsvertrages von Professor Dr. Hoeniger, Freiburg. Sechste Auflage. J. Benschinger, Mannheim, Berlin, Leipzig. In Ganzleinen 6 M.

Das vorliegende Buch bringt in handlicher Form und geschmackvoller Ausstattung, eine systematische Zusammenstellung sämtlicher reichsgesetzlicher Vorschriften zum Arbeitsvertrage. Den Wert dieser Ausgabe beweist

wohl am besten, daß das „Arbeitsrecht“ innerhalb kurzer Zeit schon in sechster Auflage erscheinen kann. Die Vielgestaltigkeit der modernen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung läßt eine solche systematische Zusammenstellung als ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden erscheinen, der in die Lage kommt, sich mit arbeitsrechtlichen Fragen befassen zu müssen — und wer läme heute nicht in die Lage — denn da die einzelnen Gesetze und Verordnungen mehr oder minder ineinander eingreifen, bedeutet es eine wesentliche Erleichterung der Arbeit, wenn man das ganze Material in einem kleinen handlichen Bändchen vereinigt hat und nicht gezwungen ist, für jedes Gesetz ein besonderes Buch wälzen zu müssen. Die neue Auflage ist auf den letzten Stand der Dinge gebracht. Kosten, Gebühren usw. sind in der neuen Fassung angeführt. Die dem Werke von Dr. Hoeniger vorausgeschickte Einleitung über die Grundformen des Arbeitsvertrages wird das besondere Interesse all denen erregen, die bemüht sind, den Problemen des Arbeitsrechts bis in seine Grundfragen nachzugehen. Dr. Hoeniger hat es sich hier zur Aufgabe gemacht, neue Wege für die rechtliche Abgrenzung des Arbeitsvertrages insbesondere vom Werkvertrag zu finden, und wenn er auch selbst nicht beansprucht, die schwierige Frage der Unterscheidung zwischen Dienst- und Werkvertrag gelöst zu haben, so ist sein Eingehen auf die Frage, ob Dienst- oder Werkvertragsarbeit bzw. ob selbstbestimmte oder fremdbestimmte Arbeit vorliegt, doch sicherlich geeignet, neue Bahnen der Erkenntnis zu weisen, auf denen es vielleicht einmal gelingt, zu abschließenden Ergebnissen zu kommen.

„Rheinische Schicksalsfragen“. Schrift 7/4, betitelt: „Die Sicherheitsfrage“. Dokumentarisches Material. Herausgegeben von Regierungsrat Karl Binnebach. Mit Einleitungen und Schlusswort von Graf Drag Rontigelas. Preis 6,40 M. Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW 61.

Die Sicherheitsfrage ist bei den vielen politischen und wirtschaftlichen Sorgen der alten Welt wohl die allerwichtigste, ja, sie ist das Zentralproblem, das gelöst werden muß, um Deutschland und mit ihm Mitteleuropa endlich der notwendigen Frieden zu garantieren! Da ist es mit besonderer Genugtuung, eine zusammenhängende Darstellung und dokumentarische Sammlung von berufener Seite, wie das vorliegende Buch, zu begrüßen. Jetzt, wo durch das deutsche Angebot die erfolglose Antant-Verhandlung und die neue deutsche Note die Sicherheitsfrage in ein entscheidendes Stadium getreten ist, ist diese Veröffentlichung von erhöhtester aktueller Bedeutung. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze französische Geschichte seit 1000 Jahren das Bestreben, den Rhein als natürliche Grenze Frankreichs zu besitzen. Theoretisch geknüpft auf die vielbesprochene Neuerung Cäsars „Der Rhein sei die Grenze Galliens“ wird seit mehr als 1000 Jahren von den französischen Chauvinisten aller Zeiten unerbittlichen Eroberungspolitik getrieben. Wir durchwandern in diesem Bunde ein Stück Weltgeschichte von ungeheurer Tragweite. Die Rechte und ihre gelungene Verarbeitung wird jedem Leser besonders muntergemacht durch die Einleitung des Grafen Rontigelas. Die Dokumente selbst, die hauptsächlich dem französischen Gelbbuch zur Sicherheitsfrage und dem englischen Blaubuch entstammen, reichen bis zu dem letzten Angebot der deutschen Reichsregierung in der Sicherheitsfrage und der daran sich anschließenden deutschen Rundgebungen. Sie werden ergänzt durch wertvolles Kartenmaterial, so daß dieser neuen Publikation des Verlages Reimar Hobbing weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

SIGURD RÄDER
Enorm billig und doch gut!
Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der SIGURD-GESELLSCHAFT n.H. CASSEL 107

„Komet-Freilauf“
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Erfolgreiche Entfettung.

Die Fettlöslichkeit ist nicht nur ungesund und lästig, sondern sogar lebensgefährlich und bringt viele Beschwerden, besonders Beklemmtheit beim Gehen, Schwereitonen im Herz, wässern Schweißausbruch, schnelle Ermüdung, geringe Leistungsfähigkeit, Verdauungsstörung, Blässe, Kopfschmerzen, nervöse Unruhe, Schlaflosigkeit und oft raschen, frühzeitigen Tod durch Schlaganfall.

Eine Entfettungsart ist daher für alle Korpuskulen eine außerordentliche Notwendigkeit und Bohnheit, doch ist nicht jedes angedehnte Entfettungsmittel wirksam und ungeschädlich. Brennen und Dampfen sind seit Jahrhunderten von anhaltender Wirkung, auch sind sie sehr teuer, daß sie nur für ganz wenige in Frage kommen. Bissen und Kauter sind wohl bequem zu nehmen, aber die meisten bringen keinen Erfolg, können aber durch die hohen Temperaturwirkungen ebenfalls sehr teuer. Eine wirklich wirksame und gesunde Entfettungsart ist eine Bausilber-Art mit dem bekannten und bewährten Philippus-Extrakt Berberia-Entfettungsmittel, welches in Größe der sonstigen Mengen und Abgabemengen verwendet werden kann. Es entfettet den Körper,

ohne unangenehm abzuföhren, ohne Hungergefühle und ohne den Körper zu schwächen, auf die bequemste und einfachste, natürlichste Art. Es wirkt sanft, gesundheitsfördernd, hebt das allgemeine Wohlbefinden, reinigt Blut und Galle, verhilft das bläuliche Blut, damit es wieder rot durch die Adern fließen kann, und erneuert ein Gefühl der Beherzung und Erleichterung. Herz und Lungen bewegen sich wieder freier, die Atmung wird erleichtert und das bläuliche Blutgefäßesystem reinigt sich auf, kurz gefaßt: Man fühlt sich nach dieser Art wie neu geboren. Es schreiben die Verbräuter: Bin so froh, daß ich von Ihnen den Berberia-Entfettungsmittel bekommen habe; habe um 30 Pfund abgenommen, kann deshalb den Tee allen empfehlen, welche recht froh sind. Freiburg, den 22. März 1923, Frau H. — Habe von einer hiesigen Frau von Ihrem wirksamen Berberia-Entfettungsmittel gehört, welche 20 Pfund abgenommen hat. Wäre auch dünner werden und bitte beschäfs, mir ein gutes Art von 12 Tafeln senden zu wollen. Entfettungsmittel... — Wende Ihren Berberia-Entfettungsmittel

seit etwa 4 Monaten mit Unterbrechungen. So habe ich 15 Pfund abgenommen und fühle mich gesund. Dabei konnte ich meinem Beruf ganz nachkommen. Senden Sie mir weitere 3 Tafeln... Ein Herr aus Wittenberg. — Wollen Sie mir Ihre Entfettungsmittel schicken, die wir aber der hohen Kosten wegen nicht alle abbrauchen können. Preisliste gratis. Paket 4,50 M. (Nur 6-12 Pakete).

Billigere Entfettungsmittel stellen wir ebenfalls her und empfehlen:
Erika-Entfettungsmittel, schwarz entfettend 1.-M.
Johanna-Entfettungsmittel, mild entfettend 1.-M.
Katharina-Entfettungsmittel, abführend, entf. 1.-M.
Kerker empfehlen wir unsere Berberia-Entfettungsmittel, da zur vollkommenen Befreiung von Fettsäuren (Doppelkorn, dicke Waden, plumpes Aussehen, starke Blässe, fetter Hals, Schultern usw. Neues fettschmelzendes Mittel, an jeder Stelle unermüdeten Freitanz durch leichte Massage zu bewerkstelligen. Doppelkorn 4,50 M. in Kombination mit Kerker-Behandlung u. Kerker-Berberia-Extrakt-Paradies, Philippusberg 808 (Waden).

STÜRMER FAHRRADER

Das bekannte Markt-Fabrikat liefert zu Original-Fabrikpreisen direkt ab Werk.
HERRENRAH NR. 3 mit 170 - DAMENRAD NR. 2 mit 162
 Ausstattung: Korb, Stange, in Gewandtasche, colliette, Korb, Kette u. Fahrradlichter
NAHMASCHINEN-METALLBETTEN
 Zu konkurrenzlosen Preisen-Reichhaltiger Katalog kostenlos.
BEQUEME RATENZAHLUNG - 6 MONATSRATEN
 VERTRETUNG FÜR EINIGE PLATZE NOCH ZU VERGEBEN
DEUTSCHE WIRTSCHAFTSHILFE
 KRÖGER & CO. - BERLIN - SCHÖNEBERG - GRUENEWALD-STRASSE 74

Reklamepreis nur 4 Mk.



acht deutsche Herren-Armband- u. Taschenuhren Nr. 82, stark verziert, in 30 stündiger Werk, ganz reguliert, best. . . nur 4,00 Mk.
 Nr. 83 ebenfalls mit Scherstein . . . nur 4,50 Mk.
 Nr. 84 ebenfalls mit Scherstein u. Goldrand u. Silber . . . nur 5,00 Mk.
 Nr. 85 ebenfalls mit Scherstein . . . nur 5,50 Mk.
 Nr. 86 mit Sprungel, ganz reguliert . . . nur 6,00 Mk.
 Nr. 87 ebenfalls, verziert, mit Goldrand . . . nur 7,00 Mk.
 Nr. 88 ebenfalls, kleines Format . . . nur 8,00 Mk.
 Nr. 89 ebenfalls, acht Silber, 18 Jahre . . . nur 10,00 Mk.
 Metall-Uhrkapseln . . . nur 0,25 Mk.
 Panzeruhr, verziert 0,50 Mk., nicht verziert nur 1,50 Mk.
 nicht verziert 2,00 Mk., Goldkettenuhr nur 5,00 Mk.
 Nr. 87 Armbanduhr mit Kette . . . nur 8,00 Mk.
 Nr. 84 ebenfalls, vierzig Form mit Kette nur 12,00 Mk.
 Wecker, prima Messingwerk . . . nur 3,20 Mk.
 Uhren-Klasse Berlin 224 Zossener Str.

In der Sammlung
Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
 sind neu erschienen:

- Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot**
 Finanzierungsversuche und -möglichkeiten von Victor Noad, Berlin
 - Heft 15: Die deutsche Literatur**
 von Johannes Gut, Berlin
 - Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenschheit und Produktionschule**
 von Emil Dittmer, Berlin
 - Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften**
 von Hermann Mattutat, Stuttgart
 - Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung**
 von Oskar Kurpat, Leipzig
- Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 Mk., für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.

Bisher sind erschienen:

- Heft 1: Aufsätze zur Einführung in die Psychologie.**
 Von Wilhelm Lutas, Essen a. d. Ruhr.
 Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens. Denks und Empfindens sind in dieser Schrift aufgeschlossen.
- Heft 2: Semmelweis.**
 Eine Skizze. Geschichte v. Alfred von Berger. (Vergriffen.)
- Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.**
 Von Johannes Gut, Berlin 2. Auflage.
 In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Weltalls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaus
- Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.**
 Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
 Von der winzig kleinen Zelle angefangen bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelnen Lebewesen bis zur Millionenzellenorganisation wird in vollstündiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.
- Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.**
II. Kommunalförderung, Entkommunalförderung, Sozialisierung.
 Von Fritz Wuntner, Berlin.
 Die im vorliegenden Heft zusammengestellten beiden Vorträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands
- Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.**
 Von Emil Dittmer, Berlin.
 In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder einzelne einwirken kann, um am Gelingen mitzuwirken.
- Heft 7: Soziale Gedichte.**
 Eine Auswahl neuerer Arbeiterdichtungen, die vom Schaffen und Streben, von Freude und Leid des arbeitenden Volkes singen
- Heft 8: Die Entfaltung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.**
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im ersten Teil der Entwicklungs-geschichte führt und Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte.
- Heft 9: Die Entfaltung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.**
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im zweiten Teile der Entwicklungs-geschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der deutschen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.
- Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.**
 Kurze Biographien über Marx, Reibel, Legien u. a.
 Das Büchlein bringt uns eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und proletarische Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.
- Heft 11: Der Entlassungslehre von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten.**
 Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
 Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungslehre für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.
- Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?**
 Von Oskar Kurpat, Leipzig.
 Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutungsvollen Teiles der modernen Arbeiterbewegung.
- Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.**
 Von Wilhelm Schapka, Leipzig.
 Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklung des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung. Unternehmensformen. Die modernen industriellen Monopole u. a.
 Die Preise für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 18 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 0,25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.

Su beziehen durch:
Abteilung Bücher und Schriften
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Berlin SO. 33. Schleifische Straße 42.